

Quaisser, Wolfgang

**Working Paper — Digitized Version**

## Ausländische Direktinvestitionen im polnischen Transformationsprozeß

Arbeiten aus dem Osteuropa-Institut München, No. 184

**Provided in Cooperation with:**

Leibniz Institute for East and Southeast European Studies (IOS), Regensburg

*Suggested Citation:* Quaisser, Wolfgang (1995) : Ausländische Direktinvestitionen im polnischen Transformationsprozeß, Arbeiten aus dem Osteuropa-Institut München, No. 184, Osteuropa-Institut München, München

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/264877>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

Arbeiten aus dem  
**OSTEUROPA-INSTITUT MÜNCHEN**  
Working Papers

Nr. 184

Oktober 1995

**Ausländische Direktinvestitionen  
im polnischen Transformationsprozeß**

WOLFGANG QUAISSER

Gutachten

Erstellt im Auftrag des  
Bundesministeriums für Wirtschaft

unter dem Titel:

Die Wirtschaftsentwicklung Polens im Jahre 1994/95  
Schwerpunkt: Ausländische Direktinvestitionen  
im Transformationsprozeß

## Inhaltsverzeichnis

Kurzfassung.....	vii
1. Einführung.....	1
2. Zielsetzung und Definition von ausländischen Direktinvestitionen .....	2
3. Entwicklung und Ergebnisse von Direktinvestitionen in Polen .....	3
3.1. Kapitalzufluß .....	4
3.2. Einführung moderner Technologien und fortgeschrittener Management-Techniken .....	8
3.3. Unterstützung der Privatisierung und Umstrukturierung.....	17
3.4. Beitrag zum binnenwirtschaftlichen Wachstum und verbesserte Versorgung des Binnenmarktes .....	22
3.5. Verbesserter Zugang zu westlichen Märkten und Entlastung der Zahlungsbilanz.....	27
4. Deutsche Direktinvestitionen in Polen .....	29
5. Bestimmungsgründe, Motivation und Barrieren für ausländische Direktinvestitionen.....	39
5.1. Rechtliche und institutionelle Voraussetzungen .....	40
5.2. Motive und Rahmenbedingungen ausländischer Direktinvestitionen .....	42
6. Wirtschaft und Politik 1994/1995: Implikationen für ausländische Direktinvestitionen .....	51
6.1. Wirtschaftliches Wachstum und Stabilität .....	52
6.2. Institutionelle Reformen und Politik.....	58
Anhang.....	63

**Tabellenverzeichnis**

Tabelle 1	Entwicklungsindikatoren der Direktinvestitionen in Polen.....	5
Tabelle 2	Zufluß von Nettodirektinvestitionen in die Transformationsländer .....	6
Tabelle 3	Bestand der Direktinvestitionen der Transformationsländer im Jahre 1994.....	7
Tabelle 4	Zahl der Unternehmen mit ausländischer Kapitalbeteiligung .....	10
Tabelle 5	Durchschnittliche Höhe der Direktinvestitionen pro Unternehmen von 1988 bis 1993 .....	11
Tabelle 6	Unternehmensstruktur von Unternehmen mit ausländischer Beteiligung .....	11
Tabelle 7	Unternehmen mit ausländischer Kapitalbeteiligung nach ihrer sektoralen Struktur Ende 1994 .....	12
Tabelle 8	Zahl der Unternehmen mit ausländischer Kapitalbeteiligung nach Wirtschaftszweigen zum Zeitpunkt der Aufnahme ihrer Wirtschaftstätigkeit .....	13
Tabelle 9	Ausländische Investitionen und Investitionszusagen nach Wirtschaftsbereichen.....	15
Tabelle 10	Anteil der Wirtschaftsbereiche an den größeren ausländischen Investitionen.....	16
Tabelle 11	Verteilung der Investitionen auf den Investitionstyp.....	18
Tabelle 12	Greenfield Investitionen, indirekter und direkter Erwerb polnischer Unternehmen von 1987 bis 1993 .....	19
Tabelle 13	Unternehmen mit ausländischer Kapitalbeteiligung, entstanden im Privatisierungsprozeß staatlicher Unternehmen .....	21
Tabelle 14	Zahl der durch Kapitalprivatisierung entstandenen Unternehmen gemäß des größten Aktienpaketes bzw. Anteils des Käufers .....	21
Tabelle 15	Wichtige Indikatoren von Unternehmen mit ausländischer Beteiligung .....	23
Tabelle 16	Wojewodschaften mit höchstem Anteil der Gemeinschaftsunternehmen im Jahre 1993 .....	26

Tabelle 17	Bedeutung des Exports bei Unternehmen mit ausländischer Kapitalbeteiligung.....	28
Tabelle 18	Wichtige Angaben der Zahlungsbilanz.....	29
Tabelle 19	Deutsche Direktinvestitionen in Polen, Ungarn und der Tschechischen Republik.....	30
Tabelle 20	Indikatoren deutscher Direktinvestitionen nach Polen.	36
Tabelle 21	Zahl und Kapitaleinlagen von Unternehmen mit ausländischer Kapitalbeteiligung in Polen nach Länderherkunft .....	37
Tabelle 22	Ausländische Investitionen in Polen nach Herkunftsland.....	38
Tabelle 23	Deutsche Netto-Direktinvestitionen nach Branchen in Polen.....	39
Tabelle 24	Ausländische Direktinvestitionen und Importschutz in Polen.....	49
Tabelle 25	Wichtige Indikatoren zur Wirtschaftsentwicklung .....	58

### **Verzeichnis der Abbildungen und Übersichten**

Abbildung 1	Regionale Verteilung der Unternehmen mit ausländischer Beteiligung .....	25
Übersicht 1	Die größten ausländischen Direktinvestitionen in Polen.....	32
Übersicht 2	Die 20 größten deutschen Direktinvestitionen in Polen	34
Übersicht 3	Ergebnisse verschiedener Untersuchungen zu ausländischen Investitionen in Polen.....	44
Übersicht 4	Ressourcen- bzw. effizienzorientierte Investitionen in Polen.....	47
Übersicht A1	Die größten deutschen Direktinvestitionen in Polen.....	64

## Kurzfassung

Während in Westeuropa und speziell in Deutschland die Angst zunimmt, die niedrigen Lohnkosten Osteuropas könnten zu massiven Produktionsverlagerungen führen, herrscht dort Enttäuschung darüber, daß nicht genügend Direktinvestitionen getätigt werden. Bei nüchterner Betrachtung der Standortbedingungen Osteuropas und Polens wird deutlich, daß einerseits die westlichen Ängste übertrieben und andererseits die Entwicklung der Direktinvestitionen durchaus den institutionellen, infrastrukturellen sowie politischen Rahmenbedingungen angemessen ist. Fortschritte in der Transformation, stabiles Wirtschaftswachstum, verbesserte internationale Kreditwürdigkeit und die klare politische Zielrichtung einer Mitgliedschaft in der EU werden die Attraktivität Polens als Investitionsstandort insbesondere dann verbessern, wenn die Reformpolitik konsequent fortgeführt und die Defizite des politischen Systems beseitigt werden. Die Ergebnisse der Studie im einzelnen:

1. Der seit Anfang der 90er Jahre kontinuierlich steigende ausländische Kapitalzufluß ging 1994 erstmals gegenüber dem Vorjahr zurück (1993: 1,63 Mrd. US \$, 1994: 1,28 Mrd. US \$), was dem Trend in ganz Ostmitteleuropa entspricht. Die Hoffnung auf höhere Auslandsinvestitionen nach Abschluß des Abkommens mit dem Londoner-Klub hat sich damit zunächst nicht erfüllt. Die Direktinvestitionen im ersten Halbjahr 1995 von ca. 1 Mrd. US \$ und die Investitionsabsichten größerer Unternehmen (Daewoo, Opel) lassen jedoch für 1995 ein optimistischer Ergebnis (ca. 2 Mrd. US \$) erwarten. Die gesamten Direktinvestitionen (brücksichtigt nur diejenigen über 1 Mio. US \$) betragen in Polen im Juni 1995 ca. 5,4 Mrd. US \$ und die Investitionszusagen ca. 5 Mrd. US \$. Bei realistischer Betrachtung der weitaus schwierigeren Ausgangs- und Rahmenbedingungen (institutionelle Defizite, starke Rezession), ist dies dennoch als begrenzter Erfolg zu werten. Bezogen auf die Einwohnerzahl liegt Polen bei den Direktinvestitionen aber nicht nur hinter Ungarn und der Tschechischen Republik, sondern auch hinter Slowenien und Estland. Dennoch leisten die ausländischen Direktinvestitionen einen wichtigen Beitrag zur Kapitalbildung (ca. über 10%).
2. Moderne Technologien und fortgeschrittene Organisations- und Managementtechniken infolge ausländischer Direktinvestitionen kamen Polen bisher nur begrenzt zugute. Zwar hat sich die Anzahl der Unternehmen mit ausländischer Beteiligung von 867 im Jahre 1989 auf 22053 im Juni 1995 beachtlich erhöht, doch dominieren kleinere und mittlere Unternehmen (vor allem im Handel) mit geringen Technologieeffekten. Ein anderes Bild ergibt sich bei den größeren Auslandsinvestitionen (über 1 Mio. US \$). Sie umfassen zwar kaum mehr als 1% bis 3% aller aktiven

Unternehmen, auf sie entfallen aber über 70% der Investitionssumme. Ein verstärkter Technologietransfer wird insofern induziert, als vor allem in die Industrie und insbesondere in den sogenannten Maschinen- und Elektrogerätebau (stark vertreten durch die Automobilindustrie) investiert wird. Es folgen die Nahrungsmittelindustrie und der Finanzbereich.

3. Polen hat bisher ausländische Investoren nicht umfassend zur Privatisierung von Staatsunternehmen herangezogen. Bis Mitte 1994 privatisierten die Behörden nur 83 vorwiegend größere Unternehmen mit Hilfe ausländischer Investoren. Zwar sind dies 45,6% aller privatisierter Unternehmen, berücksichtigt man jedoch die noch ca. 5000 staatlichen Unternehmen, dann ist dies ein eher bescheidenes Ergebnis. Die Ursache liegt demnach nicht primär im geringen Stellenwert von Auslandsinvestoren im Rahmen der Privatisierungsstrategie, sondern in ihrer insgesamt langsamen Implementierung. Zu bezweifeln ist, ob die vorrangig auf Inländer ausgerichtete und jetzt anlaufende Massenprivatisierung mit einer größeren Beteiligung ausländischen Kapitals durchgeführt wird. Der rasch wachsende Privatsektor entsteht in Polen bisher vor allem durch Unternehmensneugründungen. Ausländische Investoren tragen über sogenannte Greenfield-Investitionen (über 90% aller Joint-Ventures) zu diesem beachtlichen Gründerboom bei.
4. Die ausländischen Direktinvestitionen leisten einen positiven Beitrag hinsichtlich Wachstum und Beschäftigung, was steigende Produktion (1993: ca. 11%) und Investitionen dieser Unternehmen dokumentieren. Größere Unternehmen mit ausländischer Beteiligung haben maßgeblich zur Konsolidierung der Inlandsproduktion und besseren Inlandsversorgung (u.a. Automobilbereich und Nahrungsmittelindustrie) beigetragen. Das starke Engagement dieser Unternehmen in Handel und sonstigen Dienstleistungsbereichen sowie bei den Einfuhren (Importanteil 21%) verstärkte diese Effekte. Darüber hinaus haben sie aufgrund ihres überproportionalen Anteils am Außenhandel (ca. 16% der Exporte) dem Wachstumsprozeß entscheidenden Auftrieb verliehen und bei insgesamt steigender Arbeitslosigkeit (ca. 16%) einen positiven Beschäftigungsbeitrag geleistet. Auf sie entfallen zwar nur ca. 2,8% der Erwerbstätigen, doch steigt ihr Anteil kontinuierlich.
5. Die positiven Effekte ausländischer Direktinvestitionen auf Wachstum und Beschäftigung sind allerdings räumlich ungleich verteilt. In den städtisch-industriellen Zentren mit niedriger Arbeitslosigkeit und besserer Infrastruktur (Warschau, Danzig, Katowice, Bielsko-Biala, Stettin, Posen und Lodz) sind diese Unternehmen überproportional (über 60%) vertreten. Es ist anzunehmen, daß in diesen Regionen das verstärkte Engagement von Auslandskapital den Transformationsprozeß zusätzlich unterstützt, so daß positive Spillovereffekte auftreten. Der Nachteil be-

steht jedoch sicherlich auch darin, daß die ohnehin schon vorhandenen regionalen Disparitäten sich verstärken. Die Gefahr einer Konzentration der Auslandsinvestitionen auf nur sehr wenige Enklaven ist in Polen insofern begrenzt, als es mehrere wichtige Entwicklungszentren gibt.

6. Obwohl die Binnenmarktorientierung der Unternehmen mit ausländischer Beteiligung noch recht stark ist, liegt ihr Anteil an den gesamten Exporten über dem Durchschnitt. Auslandsinvestitionen haben dazu beigetragen, Polens Handelsbeziehungen zum Westen, vor allem zur EU, zu verbessern. Insbesondere multinationale Firmen integrierten ihre polnischen Zweigniederlassungen in eine globale Marketingstrategie. Trotz steigender Tendenz haben die Direktinvestitionen bisher aber nur wenig zu einer substantiellen Entlastung der Zahlungsbilanz beigetragen. 1994 ist zudem ein Kapitalzufluß in den anderen Positionen des lang- und vor allem kurzfristigen Kapitalverkehr zu verzeichnen, der den Zustrom von Direktinvestitionen um ein Vielfaches übersteigt.
7. Anfang der 90er Jahre haben die mittel- und osteuropäischen Transformationsländer, allen voran Polen, Ungarn und Tschechische Republik, als Standort für deutsche Direktinvestitionen an Attraktivität gewonnen. Auf sie entfielen Ende 1993 der Löwenanteil von 83% aller deutschen Direktinvestitionen (Bestandsgröße) in den mittel- und osteuropäischen Ländern. 1994 konnten sie 78,6% der neuen Investitionszuflüsse auf sich vereinen. Der deutsche Investitionsschub setzte vor allem 1992 ein, wodurch der Anteil Polens an den deutschen Direktinvestitionen deutlich stieg. Dennoch blieb er im ostmitteleuropäischen Vergleich deutlich hinter Ungarn und der CSFR zurück (ca. 11,4% der Investitionen in die Reformländer).
8. Geographische Nähe und Intensität der Wirtschaftsbeziehungen - Deutschland ist Polens wichtigster Handelspartner - erklären, warum die Bundesrepublik auch bei den Direktinvestitionen hinsichtlich Unternehmenszahl und Investitionssumme (sämtliche aktive Unternehmen) in Polen führend ist. Bei den deutschen Investitionen handelt es sich jedoch um eher kleine bzw. mittlere Unternehmen. Diesen Eindruck bestätigen die größeren ausländischen Direktinvestitionen (über 1 Mio. US \$). Mitte 1995 entfielen in dieser Gruppe auf deutsche Investoren die meisten Unternehmen (ca. 20,3%), bezüglich der Investitionssumme lagen sie aber nur auf dem dritten Platz (ca. 9,5%). Größter Investor in dieser Gruppe sind US-Unternehmen (31,6%), gefolgt von multinationalen Firmen (einschließlich internationaler Organisationen). Aus dem Tätigkeitsbereich der deutschen Investitionsprojekte - vorrangig Konsumgüterindustrien und ressourcenintensive Bereiche (Zement, Keramik, Möbel) - läßt sich eine starke Binnenmarktorientierung der Investitionen vermuten. Einen weiteren wichtigen Schritt zur Förderung der deutschen

Investitionen stellt die im Juli 1995 eröffnete deutsch-polnische Handelskammer in Polen dar.

9. Das neue polnische Gesetz über Auslandsinvestitionen von 1991 hat viele der zuvor geltenden restriktiven Regelungen beseitigt und das Prinzip der Gleichbehandlung von einheimischen und ausländischen Unternehmen (z.B. bei Unternehmensgründung und Besteuerung) festgeschrieben. Grundsätzlich ist nun, ähnlich wie in anderen Transformationsländern, ein unbeschränkter Gewinntransfer nach Abzug der Steuern (Ausnahme bei Banken) möglich. Investitionsschutzabkommen mit vielen Partnerländern, einschließlich Deutschland, wurden zu den international üblichen Bedingungen abgeschlossen. Für Unternehmen mit ausländischer Beteiligung sind bis auf Wirtschaftsbereiche mit sogenannter strategischer Bedeutung nun keine speziellen Genehmigungen mehr erforderlich. Restriktiver gehandhabt werden jedoch die sogenannten sensitiven Bereiche (u.a. Finanzsektor).
10. In Polen bieten die gesetzlichen Grundlagen zufriedenstellende Rahmenbedingungen für Direktinvestitionen und sind deshalb nicht für deren langsame Entwicklung verantwortlich. Ein stärkeres ausländisches Engagement wird dagegen wie in den meisten Transformationsländern durch Restriktionen beim Bodenerwerb behindert, wozu oftmals zeitraubende Genehmigungen des Innenministeriums nötig sind. Von Auslandsinvestoren werden auch die sich vielfach rasch ändernden gesetzlichen Rahmenbedingungen sowie die Unsicherheit hinsichtlich der staatlichen Regulierung beklagt. Dies gilt nicht nur für die Gesetzgebung bezüglich ausländischer Unternehmen, sondern auch für andere Rechtsvorschriften und staatliche Maßnahmen, insbesondere in der Steuerpolitik. Zudem werden bürokratische Eingriffe, vor allem auf regionaler Ebene beklagt. Hinzu kommen die vielfach nicht ausreichenden Kompetenzen der Investitionsbehörde (PAIZ).
11. In Polen dominieren marktorientierte Direktinvestitionen. Niedrigere Produktions- und insbesondere Arbeitskosten spielen dagegen eine geringere Rolle, werden jedoch in Kombination mit anderen Zielen berücksichtigt. Bevölkerungszahl, wachsende Kaufkraft sowie die Wirtschaftsdynamik sprechen für Polen als marktorientierten Investitionsstandort. Dabei sind einige Direktinvestitionen nicht nur auf den polnischen, sondern langfristig auch auf den gesamten osteuropäischen Markt ausgerichtet. Einige Indikatoren weisen darauf hin, daß das Motiv der lokalen und regionalen Markterschließung mit der Firmengröße zunimmt. Zudem läßt sich ein Zusammenhang zwischen der Höhe der Direktinvestitionen und der Intensität des Außenhandelsschutzes nachweisen. Im Verlauf weiterer Reformen und der verstärkten regionalen (CEFTA) bzw. EU-Integration wird der standortspezifische Faktor Außenhandelsschutz an

Bedeutung verlieren und eher kontraproduktiv wirken. Polen kann sich kostspielige Subventionen als Investitionsanreize, die zudem die Gefahr von Fehlallokationen beinhalten, nicht leisten.

12. In den letzten drei Jahren hat sich das Wirtschaftswachstum Polens politischen Veränderungen gegenüber als relativ stabil erwiesen. Das BIP stieg 1994 um 5% und in der ersten Hälfte 1995 um schätzungsweise 7%. Für 1995 kann insgesamt ein Wachstum von 6% erwartet werden. Wachstumsmotor ist die Industrie (1994: +13,1%), vor allem im Privatsektor. Die Industrieproduktion stieg im ersten Halbjahr 1995 gegenüber der Vorjahresperiode um 12,8% (Prognose für 1995: 11%). Während 1994 die Agrarproduktion noch um 10% zurückging, wird für 1995 aufgrund der günstigen Witterungsbedingungen eine Steigerung von 10% erwartet. Die positiven Wachstumsergebnisse entlasteten den Arbeitsmarkt (Arbeitslosenquote August 1995: 15,2%). Auf der Verwendungsseite des Nationaleinkommens haben die Investitionen (1994: + 6%, erste Hälfte 1995 Bruttoanlageinvestitionen: real +19,6%) und die Exporte (1994: real +17,5%) den privaten und öffentlichen Verbrauch als treibenden Konjunkturmotor abgelöst. Die Grundlagen für das künftige Wachstum und den Zahlungsbilanzausgleich wurden damit wesentlich günstiger.
13. Aufgrund des dynamischen Wirtschaftswachstums sind die wirtschaftlichen Perspektiven Polens auch im Vergleich zu anderen ostmitteleuropäischen Ländern besonders günstig einzuschätzen. Kritisch bleibt dagegen die Geldwertstabilität. Im internationalen Vergleich ist die Preissteigerungsrate 1994 mit 32,2% zu hoch. Besorgniserregend ist dabei die Tatsache, daß die Inflation, trotz erfolgreicher Einführung des neuen Zloty, auch in der ersten Hälfte 1995 um 13% (bezogen auf Dezember 1993) und um 30,3% (bezogen auf den Vorjahresmonat) zugenommen hat. 1995 muß daher mit einer Preissteigerungsrate von ca. 25% bis 29% gerechnet werden. Polen bleibt mit einem Budgetdefizit von 2,8% des BIP unter der auch vom IWF geforderten Marge. Ohne Reform des Sozialsystems wird aber künftig die Eindämmung des Defizits extrem schwierig, zumal bereits der wachsende Schuldendienst zu verkraften ist. Entsprechende Reformen stoßen aber auf heftigen Widerstand innerhalb der Regierungskoalition.
14. Trotz des Machtgewinns postkommunistischer Parteien (SLD, ehemalige KP, und PSL, Bauernpartei) im Oktober 1993 ist bisher keine grundlegende Abkehr von der Reformpolitik zu beobachten. Ministerpräsident Waldemar Pawlak verzögerte jedoch wichtige institutionelle Reformen (u.a. Privatisierung). Obwohl die neue Regierung Oleksy einen gewissen, wenn auch verspäteten Fortschritt zumindest in der Vorbereitung der Massenprivatisierung vorweisen kann, werden bei der im Juni 1995

erfolgten Novellierung des Privatisierungsgesetzes zweifelhafte Intentionen erkennbar. Eigentumsübergänge in Schlüsselbereichen müssen demnach künftig nicht nur von der Regierung, sondern auch vom Parlament genehmigt werden. Die Eigentumsübergänge werden dadurch zum Schaden der Wirtschaft zusätzlich politisiert. Notwendig wäre dagegen eine Stärkung der Unabhängigkeit der Privatisierungsbehörde. Es ist daher zu befürchten, daß das Gesetz dazu beiträgt, die Unternehmen nur zu kommerzialisieren (Umwandlung in Aktiengesellschaften des Staates) und nicht zu privatisieren.

15. Ausländische Unternehmen sehen in der politischen Stabilität ein wichtiges Kriterium für die Wahl eines bestimmten Landes als Investitionsstandort. Die ständigen, kaum nachvollziehbaren Machtkämpfe, Regierungswechsel und politischen Affären dürfen jedoch nicht über die Fortschritte im politischen System hinwegtäuschen. Die Grundlagen politischer Demokratie und Marktwirtschaft sind innerhalb der politischen Hauptströmungen, einschließlich der Führungseliten der jetzt regierenden Postkommunisten, ebenso unstrittig wie die Westintegration des Landes und das Bestreben, Mitglied in der EU und NATO zu werden. Dennoch bleiben politische Defizite, die Polen in den nächsten Jahren lösen muß. Dies gilt vor allem für die Klärung des Verfassungsproblems, d.h. der Festlegung der Kompetenzen des Präsidenten, den Aufbau einer dezentralen Verwaltungsstruktur des Staates (von der jetzigen Regierung vertagt) sowie für die dringend nötigen Reformen im Sozialbereich.

## **1. Einführung**

Die kommunistische Regierung unter Edward Gierek ermöglichte es polnischstämmigen Ausländern bereits 1976 unter Beteiligung von Auslandskapital sogenannte Polonia-Firmen zu gründen. Im April 1986 und damit früher als die meisten anderen sozialistischen Länder schuf der Partei- und Regierungschef General Wojciech Jaruzelski die rechtlichen Voraussetzungen für die Gründung echter Gemeinschaftsunternehmen. Das Joint-Venture-Gesetz von 1986 blieb indes restriktiv und bot Ausländern nur wenig Anreize, in Polen zu investieren. Im Rahmen weiterer Reformen liberalisierten die letzten kommunistischen Regierungen 1988 und 1989 die Gesetzgebung, die nun erstmals 100%ige Direktinvestitionen zuließ.

Mit den neuen politischen Rahmenbedingungen (Übergang zur parlamentarischen Demokratie) eröffneten sich Anfang der 90er Jahre ungeahnte Möglichkeiten für ausländische Investoren. Finanzminister Balcerowicz verfolgte glaubwürdig durch entsprechende wirtschaftspolitische Maßnahmen das Ziel der Marktwirtschaft, was die außenwirtschaftliche Öffnung und Reintegration in die Weltwirtschaft mit einschloß. Schließlich liberalisierte die Regierung Bielecki/Balcerowicz 1991 die Gesetzgebung, einschließlich des Gewinntransfers.

Die großen Hoffnungen auf einen starken Zufluß von Direktinvestitionen haben sich bisher nur teilweise erfüllt. Zu berücksichtigen ist allerdings, daß Polen neben den Transformationsproblemen mit einigen negativen Rahmenbedingungen aus der kommunistischen Vergangenheit, vor allem der hohen Auslandsverschuldung, zu kämpfen hatte. Die daraus resultierende schlechte Kreditwürdigkeit Polens begrenzte den Zufluß von Direktinvestitionen. Seit dem Londoner Schuldenabkommen 1994 verbesserte sich Polens Position auf den internationalen Finanzmärkten, was als eine wesentliche Voraussetzung für höhere Auslandsinvestitionen angesehen werden kann.

Das Gutachten untersucht, ob die mit Direktinvestitionen verbundenen wirtschaftspolitischen Ziele in Polen bisher erfüllt werden konnten. Dabei stellt sich die Frage, ob sie geholfen haben, die Kapitalknappheit Polens zu überwinden, neue Technologien und Managementwissen zu transferieren sowie die Exportfähigkeit der Wirtschaft zu erhöhen. Dies schließt eine Analyse des Umfangs der Länder-, Branchen- und Regionalstruktur der Direktinvestitionen sowie ihren Beitrag hinsichtlich Strukturwandel und Privatisierung der polnischen Volkswirtschaft mit ein.

Anschließend werden die Bestimmungsgründe für ausländische Direktinvestitionen in Polen analysiert. Dabei sind neben ökonomischen Faktoren auch ihre rechtlichen und institutionellen Rahmenbedingungen zu beachten. Um die polnische Entwicklung besser einordnen zu können, wird diese an gegebener Stelle mit der anderer post-sozialistischer Länder verglichen. Die

Rolle der deutschen Direktinvestitionen in Polen erfährt bei der Analyse besondere Berücksichtigung. Abschließend wird die ökonomische Entwicklung und Wirtschaftspolitik Polens der Jahre 1994/95 bewertet.

## **2. Zielsetzung und Definition von ausländischen Direktinvestitionen**

Ausländische Direktinvestitionen können definiert werden als Ressourcentransfer (Kapital, Technologie, Personal) eines Unternehmens in eine ausländische Firma, um über dauerhafte Geschäftsbeziehungen das Gemeinschaftsunternehmen zu kontrollieren.<sup>1</sup> Während Portfolioinvestitionen dazu nicht zählen, umfaßt diese Definition die Beteiligungen an ausländischen Unternehmen, die Gründung von Gemeinschaftsunternehmen (Joint Ventures) sowie den Aufbau von Tochterunternehmen, die sich ausschließlich im Besitz des ausländischen Investors befinden.<sup>2</sup> Die Tatsache, daß insbesondere in den Transformationsländern Vermögensanteile an ausländischen Firmen auch durch Sachleistungen erworben werden, erschwert eine quantitative Erfassung der Direktinvestitionen, da diese sich nicht nur in den erfaßbaren Finanzströmen widerspiegeln.<sup>3</sup>

Wie jedes Schwellenland erhofft sich Polen von ausländischen Direktinvestitionen den Zufluß dringend benötigten Kapitals sowie von fortgeschrittenen Technologien, um die Umstrukturierung seiner Volkswirtschaft voranzutreiben. Auch soll damit der Transformationsprozeß auf vielfältige Weise unterstützt werden. In diesem Zusammenhang erhofft man sich die Übernahme von modernen Management- und Organisationsstrukturen (ein besonderer Schwachpunkt in den Transformationsländern) sowie eines effektiven Systems der Unternehmenskontrolle (corporate control). Direktinvestitionen sollen zudem den schwierigen Privatisierungsprozeß beschleunigen und den Wettbewerb fördern. Die bessere Versorgung des Binnenmarktes gehört ebenso zum Zielkatalog wie die Exportförderung und Entlastung der Zahlungsbilanz. Eine dynamische Entwicklung des ausländischen Kapital-

---

<sup>1</sup> EBRD: Transition Report, London 1994, S 122; ähnliche Definitionen finden sich bei Marie France Houde, Cory Highland: Internationale Direktinvestitionen - Politik und Trends der 80er Jahre, Paris 1992, S. 12; Horst Brezinski: Die Rolle der ausländischen Direktinvestitionen im Rahmen des Transformationsprozesses in Polen, in: Herder Institut Marburg (Hrsg.): Neuorientierungen der Außenwirtschaftsbeziehungen in Ostmitteleuropa, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Ostmitteleuropa-Studien (Schriftleitung: Karl von Delhaes), Nr. 20, S. 41.

<sup>2</sup> Brezinski: Ausländische ..., op. cit., S. 41.

<sup>3</sup> Transition Report, op. cit. S. 122.

zuflusses soll die Kreditwürdigkeit und das Vertrauen in den gesamten Reformprozeß stärken und den Zugang zu westlichen Märkten verbessern.<sup>4</sup>

Nicht alles läßt sich gleichzeitig erreichen und sicherlich bestehen Zielkonflikte (u.a. Exportorientierung und Binnenmarktversorgung). Zudem sind Bedeutung und Rolle der ausländischen Direktinvestitionen vor allem in der entwicklungspolitischen Diskussion umstritten und das ideologische Erbe des Sozialismus, der sich stark gegen eine internationale Verflechtung (Ausbeutungsthese) aussprach, wirkt in den Transformationsländern fort. Im Sinne einer kritischen Bewertung ist die Frage zu stellen, ob Direktinvestitionen den Aufbau einer umfassenden Wirtschaftsstruktur des Gastgeberlandes fördern, d.h. Impulse auf die Binnenwirtschaft u.a. über Zulieferfirmen weiter geben, oder ob sie isolierte Wirtschaftsenklaven bleiben. Letzteres hieße dualistische Wirtschaftsstrukturen aufzubauen bzw. zu verfestigen. Sind solche ausländischen Firmen vorrangig von Zulieferimporten aus dem Ausland abhängig, können sie die Zahlungsbilanz des Gastlandes zusätzlich belasten.<sup>5</sup> In diesem Zusammenhang ist auch entscheidend, ob die Unternehmen ihre Gewinne wieder reinvestieren, oder ins Ausland transferieren. Politisch gesehen spielt in den Transformationsländern die Angst vor einem Ausverkauf des Volksvermögens an Ausländer eine starke Rolle.

### **3. Entwicklung und Ergebnisse von Direktinvestitionen in Polen**

Dieses Kapitel untersucht, wie die mit ausländischen Direktinvestitionen verbundenen Zielsetzungen realisiert wurden. Die Analyse wird insofern erschwert, als detaillierte Daten erst mit großer Zeitverzögerung zur Verfügung stehen. Zudem werden die relevanten Angaben von unterschiedlichen Informationsquellen (Statistisches Hauptamt: GUS, Agentur für Auslandsinvestitionen: PAIZ, Ministerium für Privatisierung: MPW, polnische Nationalbank: NBP, dem Institut für Außenhandel: IKCHZ) aufbereitet. Unstimmigkeiten bezüglich der statistischen Grundlagen sind die Folge. Es fehlt ein integriertes System, das eine Bewertung der relevanten Informationen nach einheitlichen Kriterien ermöglicht.<sup>6</sup>

---

<sup>4</sup> vgl. OECD: *Taxation and Foreign Direct Investment, The Experience of the Economies in Transition*, Paris 1995, S. 17-18; ECE: *Economic Bulletin for Europe*, Vol. 46, New York, Genf 1994, S. 117; Brezinski: *Ausländische ...*, op. cit., S. 41.

<sup>5</sup> Vgl. eine Zusammenfassung der Kritik an Direktinvestitionen: Michael Todaro: *Economic Development in the Third World*, Fourth Edition, London & New York, 1989, S. 474-481.

<sup>6</sup> Barbara Durka: *Synteza Raportu*, in: IKC, PAIZ: *Inwestycje Zagraniczne w Polsce*, Warszawa 1995, S. 9.

### 3.1. Kapitalzufluß

Neben allgemeiner Kapitalknappheit und geringem Sparkapital leidet Polen unter einem wenig entwickelten Finanzmarkt. Es fehlt das Kapital für größere Investitionsprojekte und dringend benötigte Umstrukturierungen. Dies betrifft insbesondere den Kauf von importierten Investitionsgütern, wofür Devisen erforderlich sind. Die Modernisierung der Wirtschaft über eine vermehrte Verschuldung im Ausland ist angesichts des Scheiterns gerade dieser Strategie in den 70er Jahren und der daraus entstandenen hohen Auslandsverbindlichkeiten Polens nicht realistisch. Zudem bringen ausländische Investoren Eigenkapital mit ein und besitzen bessere Finanzierungsmöglichkeiten auf den internationalen Finanzmärkten. Dies entlastet den begrenzten und schlecht funktionierenden Kapitalmarkt.

Wie Tabelle 1 zeigt, wuchs der Zufluß ausländischen Kapitals seit der politischen Wende und dem Übergang zur Marktwirtschaft Anfang der 90er Jahre kontinuierlich und verzeichnet vor allem 1992 einen deutlichen Anstieg. Dagegen hat sich 1994 der Kapitalzufluß gegenüber dem Vorjahr verringert (1993 1,63 Mrd. US \$, 1994 1,28 Mrd. US \$), was dem allgemeinen Trend in Osteuropa entspricht. Zu berücksichtigen ist jedoch, daß bei den Angaben der Agentur für Auslandsinvestitionen (PAIZ) nur Projekte über 1 Mio. US \$ enthalten sind, also nicht der gesamte Kapitalzufluß. Dennoch zeigt sich der gleiche Trend in der Zahlungsbilanzstatistik. Die Hoffnung auf einen verstärkten Kapitalzufluß nach Abschluß des Londoner-Klub-Abkommens hat sich damit zunächst nicht bewahrheitet. Die Direktinvestitionen im ersten Halbjahr 1995 von ca. 1 Mrd. US \$ und die Investitionsabsichten größerer Unternehmen (Daewoo, Opel) lassen jedoch für 1995 ein optimistischeres Ergebnis (ca. 2 Mrd. US \$) erwarten. Die gesamten ausländischen Direktinvestitionen betragen in Polen Ende 1994 4,32 Mrd. US \$ und die offiziellen Investitionszusagen ca. 4,9 Mrd. US \$.<sup>7</sup> Neuere Angaben vom Juni 1995 dokumentieren eine Investitionshöhe von ca. 5,4 Mrd. US \$ und Investitionszusagen von ca. 5 Mrd. US \$.<sup>8</sup>

---

<sup>7</sup> World Economy Research Institute: Poland, International Economic Report, 1994/95, Warsaw 1995.

<sup>8</sup> Export-Import, Nr. 13. vom 6.7.1995.

TABELLE 1  
**Entwicklungsindikatoren der Direktinvestitionen in Polen**  
 (Jährlicher Zufluß)\*

	1990	1991	1992	1993	1994
in Mio. US \$	112,5	278,9	1054,1	1566,0 (1630)**	1280
in % des BIP	0,18	0,36	1,26	1,83	1,37
in % der Brutto- kapitalbildung	0,9	1,7	7,1	11,4	
in % der Exporte	1,04	2,19	7,53	11,63	7,52

Anmerkung: \* Wenn nicht anders vermerkt: Angaben der Investitionsbehörde PAIZ.

\*\* Angabe des PAIZ; die folgenden Indikatoren für 1993 wurden aus der ersten Angabe errechnet.

Quellen: St. Kubiela: The Attractiveness of Poland to Foreign Investors. Trends and Factors in 1989-1993, PPRG Discussion Papers, 1994, No. 28, S. 7; für 1994 eigene Berechnungen.

Die anfänglichen, sicherlich überzogenen Erwartungen bezüglich eines massiven Kapitalzuflusses haben sich für die Transformationsländer und speziell für Polen im erwarteten Umfang nicht erfüllt. Insgesamt betragen nach Angaben des UN-Investitionsberichts Ende 1993 die weltweiten ausländischen Direktinvestitionen 193 Mrd. US \$, wovon nur ca. 13 Mrd. US \$ (nach ECE Angaben 1993: ca. 14 Mrd. US \$ und 1994 ca. 19 Mrd. \$, vgl. Tabelle 2) in die post-kommunistischen Länder Europas (d.h. 6,7%) geflossen sind. Davon wurde der Löwenanteil in die fortgeschrittenen Transformationsländer (allerdings nur ca. 3 Mrd. nach Polen) investiert. Von den zwischen 1985 und 1993 kumulierten Direktinvestitionen in Höhe von 1.350 Mrd. US \$ flossen 203 Mrd. in die Entwicklungsländer und nur 19,5 Mrd., d.h. 1,5% der Gesamtinvestitionen, in die Transformationsländer.<sup>9</sup>

Im Gegensatz zu den Entwicklungsländern, deren Anteil an den weltweiten Neuinvestitionen sich 1993 auf ca. 41% erhöhte, verläuft die Entwicklung in Osteuropa insofern enttäuschend, als es nur etwa 10% der Direktinvestitionen der Entwicklungsländer auf sich vereint. 1994 hat sich die Stellung der Transformationsländer weiter verschlechtert, da die Direktinvestitionen in diese Region zurückgingen, während sie in die Entwicklungsländer stiegen. Bei realistischer Betrachtung, d.h. bei Berücksichtigung der weitaus schwierigeren Ausgangs- und Rahmenbedingungen, ist der seit der

<sup>9</sup> Wladyslaw Jermakowicz, Carl Bellas: Foreign Direct Investment and Privatization in Central and Eastern Europe: Facts and Issues, in: Foreign Privatization in Poland, CASE, Studies and Analyses, Nr. 30, October 1994, S. 4.

politischen Wende erfolgte Zustrom ausländischer Direktinvestitionen nach Osteuropa dennoch als begrenzter Erfolg zu bewerten. Gemessen an China, das in den nächsten fünf Jahren jährlich Direktinvestitionen in Höhe von 25 Mrd. US \$ erwartet, relativiert sich das Bild allerdings.<sup>10</sup>

TABELLE 2  
Zufluß von Nettodirektinvestitionen in die Transformationsländer  
(Cash-Basis, Zahlungsbilanzangaben, in Mio. US \$)

	1990	1991	1992	1993	1994
Polen	88	117	284	580	542
Polen (IWF) <sup>a</sup>	89	298	665	1697	-
CR	180	511	983	517	779 <sup>b</sup>
Slowakei	18	82	100	144	79
Ungarn	311	1459	1471	2328	1097
Slowenien	-	41	113	112	88 <sup>c</sup>
Bulgarien	4	56	42	55	48 <sup>b</sup>
Rumänien	-	37	73	95	294
Osteuropa <sup>d</sup>	605	2306	3102	3919	3013
Rußland	-	100	800	682	577 <sup>b</sup>
Ukraine	-	-	200	200	255
Europäische GUS <sup>e</sup>	-	100	1007	892	824
Estland	-	-	58	160	251 <sup>b</sup>
Lettland	-	-	43	39	187
Litauen	-	-	10	31	33 <sup>b</sup>
Baltikum	-	-	111	230	471
Transformationsländer insgesamt	605	2406	4220	5041	4308

*Anmerkungen:* <sup>a</sup> Die Zahlungsbilanzangaben des IWF weichen wegen methodologischer Unterschiede teilweise erheblich von den polnischen Angaben ab. Aus diesem Grunde werden auch die IWF-Angaben dokumentiert; <sup>b</sup> Angaben von Januar bis September; <sup>c</sup> Angaben von Januar bis November; <sup>d</sup> einschließlich der Direktinvestitionen in Albanien, Kroatien und der früheren jugoslawischen Republik Makedonien; <sup>e</sup> einschließlich Weißrußland und Moldawien.

*Quelle:* ECE: Economic Survey of Europe in 1994-1995, New York and Genf, 1995; S. 151

<sup>10</sup> China erwartet hohe Investitionen, in: NfA vom 18.8.95.

TABELLE 3

**Bestand der Direktinvestitionen der Transformationsländer im Jahre 1994**  
(Cash-Basis, Zahlungsbilanzangaben)<sup>a</sup>

	Insgesamt (in Mio. US \$)	Pro-Kopf (in US \$)
Polen		
(Zahlungsbilanz)	1602	42
(IWF) <sup>b</sup>	2884	75
(offiziell) <sup>c</sup>	4320	112
(Juni 1995) <sup>c</sup>	5389	
CR		
(Zahlungsbilanz)	3319	319
(offiziell) <sup>d</sup>	2699	-
Slowakei	434	102
Ungarn		
(Zahlungsbilanz)	6941	670
(offiziell)	7087	689
Slowenien	374	185
Bulgarien	205	23
Rumänien	501	22
Osteuropa <sup>d</sup>	13608	126
Rußland	3958	27
Ukraine	625	12
Europäische GUS <sup>e</sup>	4622	22
Estland	468	298
Lettland	269	100
Litauen	74	20
Baltikum	811	102
Transformationsländer insgesamt	19041	58

*Anmerkungen:* <sup>a</sup> Direktinvestitionen im Inland seit 1988; <sup>b</sup> 1993; <sup>c</sup> Offizielle Angabe der Investitionsbehörde; <sup>d</sup> offizielle Angabe Ende September, einschließlich der Direktinvestitionen in Albanien, Kroatien und der früheren jugoslawischen Republik Makedonien; <sup>e</sup> einschließlich Weißrußland und Moldawien.

*Quelle:* ECE: Economic Survey of Europe in 1994-1995, New York and Genf, 1995; S. 151; Poland, International Economic Report ..., op. cit., S. 124

Im Vergleich zu den anderen fortgeschrittenen Reformländern haben sich die Direktinvestitionen in Polen nur unbefriedigend entwickelt. Pro Kopf bemessen liegt Polen nicht nur hinter Ungarn und der Tschechischen Republik, sondern auch hinter Slowenien und Estland (vgl. Tabelle 3). Die volkswirtschaftliche Bedeutung der ausländischen Direktinvestitionen kann anhand einiger Indikatoren verdeutlicht werden. Zwar steigt der Anteil der Direktinvestitionen am Bruttosozialprodukt von 0,18% auf 1,8%, doch fällt im Vergleich zu Ungarn (15,4%) und der ehemaligen CSFR (5,8%) dieser Wert vergleichsweise niedrig aus. Allerdings läßt sich eine allgemeine statistische Abhängigkeit dieser Werte von der Größe und Bevölkerungszahl eines Landes feststellen, d.h. je weniger Einwohner desto größer die Direktinvestitionen pro Kopf der Bevölkerung und deren Anteil am BIP.<sup>11</sup>

Dennoch leisten die ausländischen Direktinvestitionen einen wichtigen Beitrag zur Kapitalbildung. Ihr Anteil an der Brutto-Kapitalbildung liegt mit 11,4% im Jahre 1993 selbst im Vergleich zu den ostasiatischen Ländern relativ hoch, was sich allerdings auch durch das allgemein niedrige Investitionsniveau erklären läßt (vgl. Tabelle 1).<sup>12</sup> Bezüglich dieses Wertes bestehen große Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern, wobei Polen ähnlich hohe Raten wie die lateinamerikanischen Länder verzeichnet. Eine Ursache ist, daß aufgrund der geringen Kreditwürdigkeit nur geringe Portfolio-Investitionen in Polen getätigt werden.

### *3.2. Einführung moderner Technologien und fortgeschrittener Management-Techniken*

Kapitalstock, Technologie und betriebswirtschaftliche Organisationsstrukturen der post-sozialistischen Länder sind stark veraltet. Der durch die ausländischen Direktinvestitionen ausgelöste Kapitalzufluß führt der Volkswirtschaft neue Technologien und Investitionsgüter zu. Direktinvestitionen ermöglichen es moderne Organisations- und Managementmethoden zu übernehmen und erleichtern deren Verbreitung auf andere Unternehmen. Dieser Know-how-Transfer ist insbesondere bei der Übernahme von bestehenden Firmen bzw. der Gründung von Gemeinschaftsunternehmen von Bedeutung und erhöht in Konkurrenz mit inländischen Firmen auch die Innovationskraft der Volkswirtschaft. Auch ist man sich weitgehend darüber einig, daß mit dem Kapitalzufluß die Konkurrenzfähigkeit der im Lande produzierten Erzeugnisse auf den internationalen Märkten verbessert wird. Der Technologie-

---

<sup>11</sup> Wladyslaw Jermakowicz, Carl Bellas: *Foreign Direct Investment ...*, op. cit., S. 9-10.

<sup>12</sup> Die ostasiatischen Schwellenländer haben deutlich niedrigere Werte.

zufluß über Direktinvestitionen ist zudem kostengünstiger als der Kauf von Lizenzen im Ausland.<sup>13</sup>

Während der Kapitalzufluß quantitativ relativ einfach darzustellen ist, sind Umfang und Qualität des Technologiezuflusses weitaus schwieriger zu bewerten und kaum zu quantifizieren. Da keine empirisch fundierten Analysen vorliegen, muß man sich indirekter Kriterien oder Fallstudien bedienen, die hinsichtlich der Aussagekraft eines Technologiezuflusses im einzelnen unzureichend sind. Als Kriterien dienen zunächst hilfsweise Zahl und Größe der ausländischen Investitionsprojekte, ihre sektorale Struktur und die Bedeutung von multinationalen Firmen, um Umfang und Ausrichtung der im Technologietransfer involvierten Unternehmen aufzuzeigen. Für sich genommen geben diese Kriterien noch keine klare Auskunft über das Ausmaß von Technologietransfers durch ausländische Direktinvestitionen, doch lassen sich mosaikartig einige Rückschlüsse ziehen.

Die Anzahl von Unternehmen mit ausländischer Beteiligung hat sich von 867 im Jahre 1989 auf 19.737 im Dezember 1994 und auf 22.053 im Juni 1995 beachtlich erhöht.<sup>14</sup> Deutliche Steigerungen traten vor allem 1990 nach der marktwirtschaftlichen Wende und 1992 nach Änderung der gesetzlichen Grundlagen (Gesetz zu Unternehmen mit ausländischer Beteiligung, Juni 1991) ein. Im Jahre 1993 haben von den insgesamt 15.814 registrierten Unternehmen nur 7934 ihre Geschäftstätigkeit aufgenommen und Daten an das Zentrale Statistische Amt in Warschau übermittelt. Leider werden sie erst mit erheblicher zeitlicher Verzögerung veröffentlicht (vgl. Tabelle 4). Unter den veränderten Bedingungen geht die Zahl der auf Grundlage des Joint-Venture-Gesetzes von 1982 gegründeten sogenannten Polonia-Firmen stetig zurück, da sie sich im Rahmen einer langfristigen Übergangsregelung den neuen gesetzlichen Rahmenbedingungen anzupassen haben.

Der Anteil von Unternehmen (registriert) mit ausländischer Beteiligung an der Gesamtzahl der Unternehmen<sup>15</sup> stieg von 4,4% im Jahre 1990 auf 17,9% im Juni 1995. Überwiegend, d.h. fast 98%, sind es Unternehmen mit beschränkter Haftung und nur die verbleibenden 2% sind als Aktiengesellschaft organisiert. Insgesamt wurden (Angaben GUS Ende 1993) etwa 77% der Investitionen durch Geldeinlagen und nur 23% durch Sacheinlagen getätigt. Die ausländischen Eigentümer verfügen über etwa 73,1% des gesamten Betriebskapitals und nehmen damit erheblichen Einfluß auf die

<sup>13</sup> OECD: *Taxation ...*, op. cit., S. 17.

<sup>14</sup> Jozef Biskup: *Działalność Podmiotów Gospodarczych z Udziałem Kapitału Zagranicznego*, in: IKC, PAIZ: *Investycje Zagraniczne w Polsce*, Warszawa 1995, S. 42.

<sup>15</sup> Nur staatliche und kommunale Unternehmen, Genossenschaften, Handelsgesellschaften und kleinere Unternehmen mit ausländischer Beteiligung (Polonia Firmen). Nicht enthalten Personengesellschaften und von Wirtschaftssubjekten, die keine Rechtspersönlichkeit zur Durchführung von Wirtschaftstätigkeit besitzen.

Unternehmensentscheidungen. Über 40% der Firmen befinden sich gänzlich im ausländischen Besitz.

TABELLE 4  
Zahl der Unternehmen mit ausländischer Kapitalbeteiligung  
(bis 1994 Ende des jeweiligen Jahres)

	Gesamtzahl (registriert)	davon Geschäftstätigkeit	
		aufgenommen insgesamt	Polonia-Firmen A <sup>c</sup> B <sup>d</sup>
1989	867	241	705
1990	2799	1119	730 862
1991	4796	2207	442 787
1992	10191	5740	440 686
1993	15814	(7934) <sup>a</sup>	400 647
1994	19737	-	- 587
1995 <sup>b</sup>	22503	-	- 564

*Anmerkungen:* <sup>a</sup> Die Angaben des neusten Investitionsberichtes des PAIZ unterscheiden sich geringfügig von den Angaben Kubiela sowie den früheren Berichten. <sup>b</sup> 30. Juni 1995, davon 587 kleinere ausländische Firmen, <sup>c</sup> Polonia-Firmen, die ihre Geschäftstätigkeit aufgenommen haben, Angaben Kubiela; <sup>d</sup> Angaben des GUS.

*Quelle:* Kubiela: *The Attractiveness ...*, op. cit. S. 4; Biskup: *Działalność ...*, op. cit. S. 42; *Biuletyn Statystyczny*, Nr. 6; Juli 1995

Die wachsende Bedeutung von Unternehmen mit ausländischer Kapitalbeteiligung deutet darauf hin, daß der Technologiezufluß zunimmt. Die Entwicklungsdynamik gibt jedoch nur Auskunft über die Zahl der davon betroffenen Unternehmen. Weitere Informationen könnte die Größe der Gemeinschaftsunternehmen liefern, da angenommen werden kann, daß analog zur Größe und ausländischen Kapitalbeteiligung die Intensität des Technologietransfers zunimmt. Dabei zeigt sich, daß kleinere und mittlere Unternehmen dominieren. Allein 46% der Unternehmen beschäftigen weniger als 5 Mitarbeiter (Tabelle 6).

TABELLE 5  
**Durchschnittliche Höhe der Direktinvestitionen pro Unternehmen  
 von 1988 bis 1993 (in 1000 US \$)**

Land	1988	1989	1990	1991	1992	1993
CR	3454,5	1700,0	360,0	300,7	504,2	410,6
Ungarn	322,1	271,4	178,6	344,1	214,2	279,8
Polen	230,3	188,7	150,7	85,8	269,2	308,8

*Quelle:* Wladislaw Jermakowicz, Carl J. Bellas: Foreign Direct Investment and Privatization in Central and Eastern Europe: Facts and Issues, in: Foreign Privatization in Poland, CASE, Studies and Analyses, Nr. 30, October 1994, S. 8.

TABELLE 6  
**Unternehmensstruktur von Unternehmen mit ausländischer Beteiligung**

Unternehmensgröße nach der Beschäftigungszahl	Zahl der Unternehmen	in %
unter 5	3650	46,0
5-10	1174	14,8
10-50	2056	25,9
50-100	470	5,9
100-500	492	6,2
500-1000	61	0,8
über 1000	31	0,4
Insgesamt	7934	100,0

*Quelle:* Jozef Biskup: Dzialalnosc ..., op. cit., S. 60.

Die Dominanz von kleineren und mittleren ausländischen Unternehmen spiegelt sich auch in der durchschnittlichen Höhe des investierten ausländischen Kapitals pro Unternehmen wider, das in Polen 1993 mit ca. 308.000 US \$ sehr niedrig lag (vgl. Tabelle 5).<sup>16</sup> Im Ländervergleich liegt Polen dabei in der Mitte, hinter der Tschechischen Republik, jedoch vor Ungarn. Im Verlauf der Transformation sind jedoch zwei Phasen zu beobachten. So

<sup>16</sup> Die Angaben des neuesten Berichts über die Auslandsinvestitionen gehen von einer etwas höheren durchschnittlichen Investitionssumme von 387.000 US \$ aus, vgl. Biskup: Dzialalnosc ..., op. cit., S. 44.

ermöglicht die Liberalisierung der Gesetzgebung zunächst einen Gründerboom von vor allem kleineren Unternehmen. Mit deren wachsender Bedeutung geht das durchschnittlich pro Unternehmen investierte Auslandskapital zurück und nach einer gewissen politischen und wirtschaftlichen Konsolidierung investieren vermehrt größere Unternehmen.

Die Unternehmensgröße ist sicherlich ein unzureichender Indikator für den Technologietransfer, man denke nur an kleinere Soft-Ware-Firmen und andere technologieintensive Unternehmen, die in mittelständischen Unternehmensgrößen vorzufinden sind. Als ein weiterer Indikator mag deshalb die sektorale Struktur gelten. Dabei fällt auf, daß der Handel noch vor der Industrie den größten Anteil der ausländischen Direktinvestitionen auf sich vereint (operative Unternehmen des Jahres 1993). Bei den registrierten Unternehmen des Jahres 1994 führt der Industriesektor nur knapp vor dem Handel. Die starke Position des Handels ist insofern ungünstig, als dort keine hochwertigen Technologien transferiert werden und in anderen Bereichen (u.a. Wissenschaft und Technik) den Direktinvestitionen eher symbolischer Wert zukommt. Allerdings steigt das Interesse am Bau- und Transportwesen (vgl Tabellen 7 und 8).

TABELLE 7  
Unternehmen mit ausländischer Kapitalbeteiligung  
nach ihrer sektoralen Struktur Ende 1994

	Zahl der Unternehmen	Prozentanteil
Handel	7.742	39,0
Industrie	5.841	30,0
Dienstleistungen <sup>a</sup>	2.231	11,0
Bauwesen	1.299	7,0
Transport <sup>b</sup>	1.053	5,0
Sonstige	1.571	8,0
Insgesamt	19.737	100,0

*Anmerkungen:* <sup>a</sup> Dienstleistungen für Unternehmen; <sup>b</sup> einschließlich Lagerhaltung.

*Quelle:* Poland, International Economic Report ..., op. cit., S. 124.

TABELLE 8

Zahl der Unternehmen mit ausländischer Kapitalbeteiligung nach Wirtschaftszweigen zum Zeitpunkt der Aufnahme ihrer Wirtschaftstätigkeit (jährliche Zunahme bis 1993)

	bis 1988	1989	1990	1991	1992	1993	1993 insg.
Insgesamt	321	264	809	1335	2462	2743	7934
davon:							
Industrie	214	159	430	540	759	775	2877
Bauwesen	26	11	49	82	154	190	512
Landwirtschaft	-	5	10	16	20	32	83
Forstwirtschaft	-	1	2	2	1	7	13
Transport	11	13	45	69	69	123	330
Telekommunikation	2	-	4	1	5	4	16
Handel	44	41	165	357	1025	1212	2844
übrige Bereiche der materiellen Produktion	11	17	52	119	129	78	406
Kommunalwirtschaft	1	-	3	3	13	23	43
Bauwirtschaft und nicht-materielle kommunale Dienstleistungen	-	-	-	1	5	5	11
Wissenschaft und Technik	-	1	-	2	1	4	8
Bildung und Erziehung	-	-	-	9	10	13	32
Kultur und Kunst	1	3	5	5	18	7	39
Gesundheit	-	2	1	4	18	18	43
Touristik und Erholung	3	4	9	32	40	46	134
Sonstige nicht-materielle Dienstleistungen	8	7	32	74	184	195	500
Finanzen und Versicherungen	-	-	2	19	11	11	43

Quelle: Inwestycje ..., op. cit., S. 43.

Die Tatsache, daß die Investitionssumme größtenteils den Industriesektor betrifft, sagt wenig über Umfang und Qualität des Technologietransfers aus. Beim überwiegenden Anteil von kleineren und mittleren Unternehmen dürften nach Auskunft der Investitionsbehörde<sup>17</sup> die Modernisierungseffekte allerdings begrenzt bleiben. Viele der ausländischen Partner versuchen die

<sup>17</sup> Siehe Jermakowicz, Ballas: S. 16.

bestehenden Maschinen und Ausrüstungen zu nutzen und nur wenige Modernisierungsinvestitionen vorzunehmen. Dabei werden auch verschiedene Formen des Leasings von Maschinen und Ausrüstungen genutzt, so daß der Kapitalstock der Firmen auf sehr niedrigem Niveau bleibt.<sup>18</sup> Wie Umfragen bestätigen, profitiert dennoch eine große Zahl der Unternehmen mit ausländischer Kapitalbeteiligung vom Zustrom neuer Technologien.<sup>19</sup>

Bedeutendere Modernisierungseffekte dürften indes von mittleren und größeren Unternehmen, insbesondere den multinationalen Unternehmen, ausgehen. Die Gruppe der größten ausländischen Investoren (über 1 Mio. US \$) umfaßt zwar kaum mehr als 1% bis 3% aller aktiven Unternehmen (nach den Angaben der GUS) mit ausländischer Beteiligung auf sich, doch konnte sie im Jahre 1993 etwa 35% der Beschäftigten und Verkäufe, ca. 52% der Exporte sowie über 73% der ausländischen Investitionssumme auf sich vereinen.

Dabei zeigt sich, daß ausländische Investoren hauptsächlich in der Industrie (ca. 2.588 US \$) und speziell im sogenannten Elektromaschinenbau (ca. 862 Mio. US \$) tätig werden. Auch nach der europäischen Klassifikation ist der Maschinenbau mit ca. 20,7% der Investitionen der dominierende Sektor. Es folgt gemäß polnischer Klassifikation die Nahrungsmittelindustrie und der Finanzbereich. Sowohl im Maschinen- und Elektrogerätebau als auch insgesamt ist das Engagement von FIAT (PKW-Produktion) mit ca. 20 Mio. US \$ und Investitionszusagen von ca. 1.581 Mio. US \$ die zweitgrößte ausländische Investition in Polen. Insgesamt betragen die Investitionszusagen in diesem Bereich 1.984 Mio. US \$ (vgl. Tabellen 9 und 10).

---

<sup>18</sup> Wladyslaw Jermakowicz, Carl Bellas: Foreign Direct Investment and Privatization in Central and Eastern Europe: Facts and Issues, in: Foreign Privatization in Poland, CASE, Studies and Analyses, Nr. 30, October 1994, S. 16.

<sup>19</sup> Friedrich-Ebert-Stiftung und PAIZ: Social Conditions of Foreign Investor Operations in Poland, Warsaw 1993. In dieser Studie haben 84% der befragten Unternehmen Vorteile aus der Einführung neuer Technologien bestätigt. Wladyslaw Jermakowicz: Foreign Acquisition Strategie in the Polish Privatization Process (Survey Review) in: Foreign Privatization in Poland, CASE, Studies and Analyses, Nr. 30, October 1994, S. 59; in der Studie von Jermakowicz bestätigen ca. 75% der befragten Unternehmen einen Technologie- und Wissenstransfer.

TABELLE 9  
**Ausländische Investitionen und Investitionszusagen nach  
 Wirtschaftsbereichen. Stand Dezember 1994**  
 (Größere Investitionen über 1 Mio. US \$)<sup>a</sup>

	durchgeführt	zugesagt
Insgesamt	4321	4933
Industrie insgesamt	2589	4147
Elektromaschinenbau	862	1984
Nahrungsmittelindustrie	717	920
Chemie	256	29
Holz und Papier	281	263
Telekommunikation	240	413
Bauwesen	379	180
Finanzsektor	818	46

*Anmerkungen:* <sup>a</sup> Angaben wurden ab- bzw. aufgerundet.

*Quelle:* Poland, International Economic Report ..., op. cit., S. 126; Waledmar Latoszek: Ocena Inwestycji Zagranicznych w Polsce w 1994 Roku na Podstawie Danych PAIZ, in: IKC und PAIZ: Inwestycje ..., op. cit., S. 78.

Die Aufstellung der größeren Investitionsprojekte in Polen (siehe Übersicht 2) zeigt, daß etliche Firmen engagiert sind, von denen angenommen werden kann, daß sie größere Technologietransfers bewirken. Dies gilt insbesondere für multinationale Firmen mit weltweiten Produktionsverflechtungen. Solche Firmen transferieren sicherlich nicht die neuesten Technologien, sondern eher ausgereifte bzw. ältere Produktionstechniken, doch dürften diese im Vergleich zum polnischen Standard deutliche Verbesserungen ergeben. Dennoch haben laut Befragungen nur 10% der größeren Unternehmen Maschinen und industrielle Ausrüstungen importiert. Dies läßt auf nur begrenzten Technologietransfer schließen, zumal die Investitionsgüterimporte aller Unternehmen mit ausländischer Beteiligung niedrig blieben.<sup>20</sup>

Beispiele wichtiger Technologietransfers mit positiven Impulsen auf die Binnenwirtschaft, sind die Automobilindustrie mit Investitionen von FIAT, General Motors (Ford) und im wesentlich kleineren Umfang auch von VW. Dies gilt aber auch für Investitionen im Maschinenbau und in der elektrotechnischen Industrie (ABB, Thomson Consumer Electronics, Philips). Zudem gehen positive Effekte auf die polnischen Zulieferunternehmen aus. Ein

<sup>20</sup> Friedrich-Ebert-Stiftung und PAIZ: Social Conditions of Foreign Investor Operations in Poland, Warsaw 1993, S. 39.

Beispiel hierfür sind die Verträge zum Technologietransfer zwischen der International Paper Company, mittlerweile größter Investor in Polen und seinem polnischen Tochterunternehmen in Kwidzyn.<sup>21</sup>

TABELLE 10

**Anteil der Wirtschaftsbereiche (nach EU-Klassifikation)  
an den größeren ausländischen Investitionen  
(über 1 Mio. US \$, Angaben des GUS, Ende 1993)**

	in %
Maschinenbauerzeugnisse	20,7
Nahrungsmittel und Getränke	16,3
Chemische und Keramische Erzeugnisse	8,4
Groß- und Kommissionshandel	6,5
Verarbeitete Metallerzeugnisse	6,2
Zellulose und Papier	4,9
Radiogeräte	4,8
Erzeugnisse u. Rohstoffe <sup>a</sup>	4,7
Metallerzeugnisse	3,6
Verlagswesen u. Polygrafie	2,9
Sonstige Transportausrüstungen	2,2
Bauwesen	2,0

*Anmerkung:* <sup>a</sup> Nichtmetallischer Herkunft.

*Quelle:* Waldemar Latoszek: Ocena Inwestycji ..., op. cit., S. 77.

Positive Effekte ergeben sich auch dadurch, daß Investoren oftmals die Beschäftigten fortbilden, um die qualitativen Standards zu verbessern. Beispiele sind wiederum FIAT mit speziellen Fortbildungsprogrammen und die City-Bank, die jährlich etwa 400.000 US \$ für Fortbildungsprogramme ausgibt. Zudem werden in etlichen Dienstleistungsfirmen "weiche Technologien" transferiert, die bisher in Polen nicht erhältlich waren. Dennoch bleibt der Technologietransfer aufgrund der wenigen davon betroffenen Unternehmen noch immer begrenzt.

Als Indiz für wichtige Modernisierungseffekte von Direktinvestitionen ist zu werten, daß die Unternehmen mit ausländischer Beteiligung auf dem Binnenmarkt und im Export sehr wettbewerbsfähig sind. Neuere Angaben

<sup>21</sup> Wladyslaw Jermakowicz: Conclusions, Problems and Recommendations, in: Foreign Privatization in Poland, CASE, Studies and Analyses, Nr. 30, October 1994, S. 63.

über die Gewinnentwicklung werden statistisch leider nicht mehr vollständig veröffentlicht (ohne die maßgeblichen Großunternehmen). Nach den vorliegenden Daten aus dem Jahre 1991 lag die Profitabilität (Bruttogewinne in Relation zu den Einnahmen aus Verkäufen) der Unternehmen mit ausländischer Kapitalbeteiligung in den meisten Sektoren höher als in den rein polnischen Unternehmen.<sup>22</sup> Ein Beispiel hierfür ist das polnische Brauereiwesen, das sich größtenteils in ausländischer Hand befindet und zu einem der profitabelsten Wirtschaftszweigen der polnischen Industrie gehört.<sup>23</sup>

### *3.3. Unterstützung der Privatisierung und Umstrukturierung*

Die Privatisierung stellt eine der zentralen transformationspolitischen Aufgaben dar. Eigentumsu mwandlung und Umstrukturierung von größeren Unternehmen erfordern Kapital-, Managementwissen und langjährige Erfahrung, um die Zukunftschancen eines Unternehmens richtig einschätzen zu können. Kapitalkräftige und erfahrene Investoren fehlen aber meist in den Transformationsländern, so daß ausländische Unternehmen der Privatisierung einen starken Auftrieb verleihen können.

Die Privatisierung der zunächst überwiegend staatlich kontrollierten Wirtschaft Polens kann nicht nur als Eigentumsu mwandlung bestehender Staatsunternehmen, sondern im weiteren Sinne als Expansion des Privatsektors und damit verbunden als Bedeutungsverlust des Staatssektors verstanden werden.<sup>24</sup> In diesem Zusammenhang trug die Neugründung von Unternehmen als Ergebnis der Liberalisierung der Wirtschaft und der Gewerbefreiheit (einschließlich von ausländischen Unternehmen) wesentlich zur Ausdehnung des Privatsektor in den post-sozialistischen Ländern bei. So kommt in Polen dieser Form der Eigentumsu mwandlung wegen des dynamischen Gründerbooms von Privatunternehmen und der langsamen Privatisierung vor allem der größeren staatlichen Unternehmen besondere Bedeutung zu.

Zu dem beachtlichen Gründerboom tragen in Polen auch ausländische Investoren über sogenannte Greenfield-Investitionen bei, die in den letzten Jahren deutlich an Zahl und Bedeutung zugenommen und eine dominierende Stellung erlangt haben. Etwa 92% sämtlicher Unternehmen mit ausländischer Kapitalbeteiligung und 46% des investierten Auslandskapitals wurden Ende

---

<sup>22</sup> IKC (Foreign Trade Research Institute: Foreign Investments in Poland, Regulations Experience and Prospects, Warsaw 1992, S. 60-61.

<sup>23</sup> Wladyslaw Jermakowicz: Conclusions ..., op. cit. S. 63.

<sup>24</sup> Leszek Balcerowicz: The Various Roads to a Private Economy, in: Wolfgang Quaisser, Rick Woodward, Barbara Blaszczyk (Eds.): Privatization in Poland and East Germany: A Comparison, erscheint im Herbst 1995 in: Osteuropa-Institut München, Working Papers.

1993 in dieser Form investiert. Dabei umfaßten sie ca. 13% aller privaten Handelsgesellschaften.<sup>25</sup> Vorwiegend bestehen die Greenfield-Investitionen (vgl. Tabelle 2) aus kleineren Unternehmen mit einer geringen Investitionssumme von 121.300 US \$ pro Unternehmen (vgl. Tabelle 10).

TABELLE 11  
Verteilung der Investitionen auf den Investitionstyp  
(31. Dezember 1993)

	Zahl	%	in 1000 US \$	%	Investition pro Firma
Greenfield	10672	92,4	1294308	46,6	121,3
Indirekter Erwerb	815	7,1	293748	10,6	360,4
Direkter Erwerb	66	0,5	1189903	43,0	18028,8
Insgesamt	11553	100,0	2768006	100,0	239,6

*Quelle:* Zbigniew Bochniarz, Wladyslaw Jermakowicz, and Michael Meller: Development of Foreign Direct Investment in Poland, in: Foreign Privatization in Poland, CASE, Studies and Analyses, Nr. 30, October 1994, S. 21

Die Form der ausländischen Investition ist u.a. branchenabhängig abhängig. So bevorzugt z.B. die chemische Industrie Neugründungen, dagegen dominiert im Nahrungsmittelbereich der Erwerb von Unternehmen. Greenfield-Investitionen erfordern meist höhere Anfangskosten, doch sind sie insofern vorteilhaft, als der Investor das Unternehmen entsprechend seiner Zielsetzung und Unternehmensphilosophie aufbauen und entsprechendes Personal einstellen kann. Widerstand von seiten der Gewerkschaften und soziale Konflikte, wie sie oft im Zusammenhang mit der Privatisierung auftreten können, lassen sich dadurch vermeiden. Der hohe Anteil von Greenfield-Investitionen dokumentiert zwar zum einen das wachsende Vertrauen in die marktwirtschaftlichen Rahmenbedingungen Polens, zum anderen das geringe Interesse an den zu privatisierenden Unternehmen. Zurückzuführen ist dieses Verhalten auch auf die nur schleppend durchgeführte Privatisierung der größeren Unternehmen.

<sup>25</sup> Errechnet aus 10.672 Greenfield-Investments bezogen auf 80181 private Handelsgesellschaften, letztere Zahl aus Rocznik Statystyczny 1994, S. LXII.

TABELLE 12  
**Greenfield Investitionen, indirekter und direkter Erwerb  
 polnischer Unternehmen von 1987 bis 1993**  
 (Investitionen in 1000 US \$ und in % der gesamten ausländischen  
 Investitionen des jeweiligen Jahres)

Jahr	Greenfield		Indirekter Erwerb		Direkter Erwerb		Insgesamt	
	\$	%	\$	%	\$	%	\$	%
1987	82	11,8	614	88,2	0	0,0	696	100
1988	1686	24,5	5194	75,5	0	0,0	6880	100
1989	26514	27,5	54399	56,4	15500	16,1	96413	100
1990	72992	35,7	91266	44,6	40200	19,7	204458	100
1991	180666	42,5	126796	31,4	105300	26,1	403646	100
1992	320272	47,1	9712	1,4	350000	51,5	679984	100
1993	692092	50,3	4934	0,4	678903	49,3	1377929	100
Insg.	1294308	46,4	293748	10,6	1189903	43,0	2768006	100

Quelle: Zbigniew Bochniarz, Wladyslaw Jermakowicz, and Michael Meller: Development of Foreign Direct ..., op. cit., S 20

Zu unterscheiden sind zwei Methoden der unmittelbaren Eigentums-  
 wandlung unter Beteiligung von ausländischen Unternehmen.<sup>26</sup> Die erste  
 Form einer indirekten Eigentums-  
 wandlung durch ausländische Direkt-  
 investitionen vollzieht sich über den Erwerb von Vermögensanteilen von  
 bereits bestehenden Staatsunternehmen. Der ausländische Investor erwirbt  
 dabei Beteiligungen (auch über Kapitalaufstockung) an Staatsunternehmen.  
 Daraus entstehen gemischt staatlich-ausländische Firmen. Die Rechtsform  
 dieser Unternehmen ändert sich möglicherweise erst nach dieser Trans-  
 aktion. Tabelle 12 zeigt, daß diese Form verständlicherweise während der  
 kommunistischen Zeit zunächst dominierte, um dann in der Transforma-  
 tionsphase an Bedeutung zu verlieren.

Im Gegensatz zum ersten können im zweiten Verfahren ausländische In-  
 vestoren direkt Aktien bzw. Vermögensanteile von privatisierten Unterneh-  
 men erwerben. Dies ist im Rahmen der sogenannten Kapitalprivatisierung  
 möglich. Ein Unternehmen wird in diesem Verfahren zunächst in eine

<sup>26</sup> Vgl. Wladyslaw Jermakowicz: Foreign Acquisition Strategies in the Polish Privatization Pro-  
 cess, in: in: Foreign Privatization in Poland, CASE, Studies and Analyses, Nr. 30, October 1994,  
 S. 46-47.

Aktiengesellschaft des Staates umgewandelt. Danach werden Aktienpakete bzw. Anteile an die ausländische Firma verkauft. Dieses Verfahren wird meist bei größeren Unternehmen angewendet, wobei das Privatisierungsministerium den Prozeß der Eigentumsu mwandlung und den Verkauf an Ausländer stark kontrolliert. Ein weiteres Privatisierungsverfahren vollzieht sich über die sogenannte Liquidierung des Staatsunternehmens mit dem Ziel, das Vermögen in ein neues Unternehmen einzubringen. In diesem Prozeß übernimmt oftmals das Unternehmen selbst bzw. sein Management die Initiative zur Eigentumsu mwandlung. Dabei besteht für ausländische Investoren die Möglichkeit, Teile bzw. das ganze Unternehmen zu erwerben.

Die verfügbaren Daten können als Indiz für ein nur geringes Engagement ausländischer Investoren in den oben aufgezeigten Privatisierungsverfahren gelten. Bis zur ersten Hälfte 1994 nahmen nur 83 ausländische Unternehmen am Privatisierungsprozeß der Staatsunternehmen (überwiegend im Industriebereich) teil. Allerdings umfaßten diese (Mitte 1994) ca. 45,6% sämtlicher auf diesem Weg privatisierter Unternehmen. Die Beteiligung ausländischer Unternehmen an der Kapitalprivatisierung war dabei doppelt so hoch wie bei der Liquidationsmethode, was darauf hindeutet, daß vor allem größere Unternehmen an Ausländer verkauft wurden (vgl. Tabelle 13).<sup>27</sup> Nach den vorliegenden Angaben bis 1993 waren zwar nur 0,5% aller Unternehmen mit ausländischer Kapitalbeteiligung an den direkten Privatisierungsverfahren beteiligt, jedoch wurden dort fast 43% des gesamten ausländischen Kapitals investiert. Ausländer dominieren zudem bei Unternehmensverkäufen an sogenannte strategische Investoren (Tabelle 14).

---

<sup>27</sup> Wojciech Burzynski: *Udział Zagranicznych Podmiotów w Prywatyzacji*, in: *IKC: Inwestycje ...*, op. cit., S. 88.

TABELLE 13

**Unternehmen mit ausländischer Kapitalbeteiligung, entstanden im Privatisierungsprozeß staatlicher Unternehmen**

	Insgesamt		Entstanden aus			
	Zahl	%*	Kapital-Privatisierung		Privatisierung durch Liquidierung	
			Zahl	%*	Zahl	%*
31.12.1990	2	20,0	-	-	2	50,0
31.12.1991	15	32,6	7	23,3	2	50,0
31.12.1992	39	48,8	24	47,1	15	51,7
31.12.1993	75	48,1	51	52,0	24	41,4
30.06.1994	83	45,6	57	49,6	26	38,8

*Anmerkung:* \* In % der privaten Unternehmen, die durch die Kapitalprivatisierung oder die Privatisierung mittels Liquidierung entstanden sind.

*Quelle:* Wojciech Burzynski: Udział zagranicznych podmiotów w prywatyzacji, in: IKC, Inwestycje ..., op.cit., S. 89.

TABELLE 14

**Zahl der durch Kapitalprivatisierung entstandenen Unternehmen gemäß des größten Aktienpaketes bzw. Anteils des Käufers**

	Insgesamt		Jahre		1. Halbjahr
		1990/91	1992	1993	1994
Insgesamt	115	27	24	47	17
Aktienkauf durch:					
öffentliche Ausschreibung	17	11	1	3	2
Direktoren	3	3	-	-	-
strategische Investoren	95	13	23	44	15
Inländer	38	7	7	17	7
Ausländer	57	6	16	27	8

*Quelle:* Wojciech Burzynski: Udział zagranicznych podmiotów w prywatyzacji, in: IKC, Inwestycje ..., op. cit., S. 89.

Auch wenn fast 46% aller Privatisierungsverfahren ausländische Investoren aufweisen, muß der Beitrag der Direktinvestitionen zur Privatisierung und Umstrukturierung der Wirtschaft als begrenzt gelten. Berücksichtigt man die noch ca. 5000 staatlichen Unternehmen in Polen, dann sind 83 mit Beteiligung von Ausländern privatisierte Unternehmen sicherlich keine beeindruckende Zahl. Dies um so mehr, als der Anteil am gesamten betrieblichen Vermögen des Staatssektors äußerst mager ausfällt (Juni 1993 nur ca. 1,67% des Vermögens bewertet im Jahre 1989).<sup>28</sup> Diese bescheidenen Ergebnisse sind allerdings nicht allein Ausdruck einer geringen Beteiligung von Ausländern an der Privatisierung, sondern auch insgesamt auf den langsamen Privatisierungsprozeß staatlicher Unternehmen in Polen zurückzuführen. Offen bleibt, ob die jetzt anlaufende Massenprivatisierung zu einer größeren Beteiligung ausländischen Kapitals führen wird. In der Tschechischen Republik ist dies nicht eingetreten.<sup>29</sup>

#### *3.4. Beitrag zum binnenwirtschaftlichen Wachstum und verbesserte Versorgung des Binnenmarktes*

Polen erlebte wie alle mittel- und osteuropäischen Länder zu Beginn der Transformation einen starken, durch tiefgreifende Strukturanpassungen bedingten Rückgang seiner Wirtschaftsleistung, der zeitverzögert mit steigender Arbeitslosigkeit einhergeht. Von den ausländischen Direktinvestitionen erhofft man sich einen positiven Beitrag zu Wachstum und Beschäftigung sowie vor allem bei nicht-handelbaren Gütern eine Verbesserung der Binnenmarktversorgung. Dies gilt insbesondere für Bereiche mit stark monopolisierten Handelsstrukturen, in denen der Privatisierungs- und Umstrukturierungsprozeß bestehender Unternehmen nur mäßig voranschreitet.

Die wachsende Bedeutung ausländischer Direktinvestitionen für das seit 1992 wieder einsetzende Wirtschaftswachstum wird an der steigenden Produktion und den Investitionen dieser Unternehmen deutlich. So stieg der Anteil an der Gesamtproduktion, gemessen an den Einnahmen aus Verkäufen, von 1,8% im Jahre 1989 auf 10,8% im Jahre 1993. Größere Unternehmen haben zu ca. 80% zu diesem Ergebnis beigetragen.<sup>30</sup> Zudem stiegen die Investitionen dieser Unternehmen dynamisch und erreichten 1993 ca. 776 Mio. US \$, wovon ca. 60% auf die Industrie entfielen. Größere Unternehmen mit ausländischer Beteiligung haben in einigen Fällen maßgeblich zu einer Erho-

<sup>28</sup> Władysław Jermakowicz: *Conclusions ...*, op. cit., S. 63; die Problematik der Vermögensbewertung in der Transformationsphase ist hinlänglich bekannt, doch gibt dieser Wert nur einen groben Anhaltspunkt bieten.

<sup>29</sup> St. Kubiela: *The Attractiveness ...*, op. cit. S. 23.

<sup>30</sup> B. Durka: *Synteza raportu ...*, op. cit. S 11.

lung der Inlandsproduktion (u.a. Automobilbereich und Nahrungsmittelindustrie) beigetragen und einen positiven Beitrag zur quantitativen sowie insbesondere qualitativen Verbesserung der Binnenmarktversorgung geleistet. Das starke Engagement dieser Unternehmen in Handel und sonstigen Dienstleistungsbereichen sowie bei den Einfuhren (Importanteil 21%) hat diese Effekte verstärkt.

TABELLE 15

Wichtige Indikatoren von Unternehmen mit ausländischer Beteiligung<sup>a</sup>

	1989	1990	1991	1992	1993
Anteil an den Einnahmen <sup>b</sup>	1,8	2,7	5,4	7,9	10,8
laufende Investitionen (in Mio. US \$) <sup>c</sup>		394	693	776	
Anteil an den Beschäftigten <sup>d</sup>	0,8	1,0	1,3	2,0	2,8
Beschäftigte pro Unternehmen <sup>e</sup>		54	58	40	39

Anmerkungen: <sup>a</sup> Daten errechnet aus den Berichten der operativen Unternehmen (Finanzangaben - F02) an das Statistische Hauptamt; zwischen den Daten von Kubiela und den des IKC/PAIZ bestehen geringfügige Abweichungen für 1992; für 1992 wurden jeweils die neuesten Daten von IKC/PAIZ genommen; <sup>b</sup> Einnahmen aus Verkäufen; <sup>c</sup> Ausgaben für Gebäude und Investitionsgüter; <sup>d</sup> an den Beschäftigten in der gesamten Wirtschaft; durchschnittliche Zahl der Beschäftigten pro Unternehmen

Quelle: St. Kubiela: The Attractiveness ..., op. cit., 13, 14; IKC/PAIZ: Inwestycje ..., op. cit.

Darüber hinaus haben die Unternehmen mit ausländischer Kapitalbeteiligung aufgrund ihres überproportionalen Anteils am Außenhandel (ca. 16% der Exporte) dem Wachstumsprozeß entscheidenden Auftrieb gegeben.<sup>31</sup> Befragungen im Rahmen einer Konjunkturanalyse zeigen zudem, daß solche Unternehmen weniger stark von Schwankungen der Binnennachfrage und der Konkurrenz durch Importe getroffen werden als inländische Unternehmen. Dagegen spüren sie, nicht zuletzt aufgrund ihres höheren Exportanteils, Schwankungen der Auslandsnachfrage stärker. Doch erweist sich ihr für den Binnenmarkt bestimmtes Angebot wegen seiner höheren Qualität als sehr wettbewerbsfähig. Ein weiterer Vorteil dieser Unternehmen ist, daß sie sich

<sup>31</sup> Wladyslaw Jermakowicz: Conclusions ..., op. cit. S. 64.

leichter mit modernen Maschinen ausstatten können, was sicherlich nicht nur an den ausländischen Bezugsquellen der Mutterunternehmen, sondern auch an den geringeren Finanzierungsproblemen liegt.<sup>32</sup>

Unternehmen mit ausländischer Beteiligung haben bei insgesamt steigender Arbeitslosigkeit (ca. 16%) einen positiven Beschäftigungsbeitrag geleistet. Auf sie entfallen zwar nur ca. 2,8% der Erwerbstätigen, doch steigt ihr Anteil kontinuierlich. Nach der europäischen Klassifikation der Wirtschaftstätigkeiten beschäftigen diese Unternehmen 5,6% aller Erwerbstätigen, wobei wiederum der Industrie die größte Bedeutung zukommt (8% aller Beschäftigten und ca. 70% derjenigen in Unternehmen mit ausländischer Beteiligung). Dabei sind wiederum über 89% der Beschäftigten in den größeren Unternehmen tätig. Zugleich läßt sich ein Druck zur Einsparung von Arbeitskräften vermuten, da die durchschnittliche Zahl der Beschäftigten pro Unternehmen von 54 Personen 1990 auf 39 Personen 1993 zurückging.<sup>33</sup>

Die positiven Effekte ausländischer Direktinvestitionen auf Wachstum und Beschäftigung sind allerdings räumlich ungleich verteilt. In den Wojewodschaften Warschau, Danzig, Katowice, Bielsko-Biala, Stettin, Posen und Lodz waren 1993 allein 62% der Betriebe, 59% des Kapitals und 56% der Beschäftigten der Unternehmen mit ausländischer Kapitalbeteiligung lokalisiert.<sup>34</sup> Eine herausragende Stellung besitzt Warschau, wo 23% des Kapitals und der Beschäftigten und 32% aller Firmen angesiedelt sind (Tabelle 15, Abbildung 1). Über 80% des ausländischen Kapitals ist auf dem Gebiet von 12 Wojewodschaften konzentriert. Dagegen investierten Ausländer in den 25 Regionen mit den geringsten Investitionsniveaus kaum 5% des Kapitals. Bevorzugt werden diese Regionen vor allem von kleineren Firmen. Die regionale Konzentration setzte sich 1994 fort.<sup>35</sup>

---

<sup>32</sup> Krzysztof Marczewski: *Ekonomiczne i Spoleczne Warunki Dzialania Podmiotow Gospodarczych z Udzialem Kapitalu Zagranicznego*, in: *IKC: Inwestycje ...*, op. cit., S. 83-85.

<sup>33</sup> Wojciech Burczynski: *Spolki z Udzialem Kapitalu Zagranicznego na tle Ogulu Podmiotow Gospodarczych w Polsce*, in: *IKC: Inwestycje ...*, op. cit., S. 62.

<sup>34</sup> Unternehmen, die ihre Geschäftstätigkeit aufgenommen haben.

<sup>35</sup> J. Biskup: *Dzialalnosc ...*, op. cit., S. 50; W. Latoszek: *Ocena ...*, op. cit., S. 78; basierend auf den Zahlen der registrierten Unternehmen.

positive Spillovereffekte auftreten. Der Nachteil besteht jedoch sicherlich auch darin, daß die ohnehin schon vorhandenen regionalen Disparitäten sich verstärken. Die Gefahr, es könnten einige wenige Enklaven mit Auslandsinvestitionen entstehen, ist in Polen insofern begrenzt, als es mehrere wichtige Entwicklungszentren gibt.

TABELLE 16

Wojewodschaften mit höchstem Anteil der Gemeinschaftsunternehmen  
im Jahre 1993

	Kapital		Beschäftigte	
	in 1000 US \$	in %	Zahl	in %
Warschau	711017	23,2	72963	23,5
Danzig	397902	13,0	13811	4,5
Katowice	256167	8,3	21953	7,1
Bielsko-B.	203462	6,6	24627	7,9
Stettin	63634	2,1	11775	3,8
Posen	94248	3,1	17070	5,5
Lodz	86127	2,8	11753	3,8
Zusammen	1812557	59,1	173952	56,1
Insgesamt	3070508		310180	100,0
	Unternehmen			
	Zahl	in %		
Warschau	2522	31,8		
Danzig	482	6,1		
Katowice	556	7,0		
Bielsko-B.	160	2,0		
Stettin	455	5,7		
Posen	479	6,0		
Lodz	313	3,9		
Zusammen	4967	62,5		
Insgesamt	7934	100,0		

Anmerkung: Operative Unternehmen.

Quelle: IKC/PAIZ: Inwestycje ..., op. cit.

### 3.5. *Verbesserter Zugang zu westlichen Märkten und Entlastung der Zahlungsbilanz*

Polen konnte bisher mit seinen Erzeugnissen aufgrund mangelnder Marketingfahrgung, Qualitätsproblemen sowie westlicher Außenhandelsbarrieren nur beschränkt auf westlichen Märkten Fuß fassen. Ausländische Firmen besitzen dagegen umfassende Vermarktungskanäle, so daß zusätzliche Gewinne aus dem Außenhandel realisiert werden können, die zu einer Entlastung der Zahlungsbilanz beitragen. Je mehr größere ausländische Unternehmen in Polen aktiv sind, um so stärker kann der politische Druck werden, die westlichen Märkte für osteuropäische Produzenten rascher zu öffnen. Direktinvestitionen sind auch Quelle zur Finanzierung von Leistungsbilanzdefiziten, ohne daß sich die Auslandsschulden erhöhen. Zudem verbessern sie die Kreditwürdigkeit und erleichtern den Zugang zu zusätzlichen Finanzquellen.

Obwohl die Binnenmarktorientierung der Unternehmen mit ausländischer Beteiligung noch recht stark ist, lag die Exportorientierung über dem Durchschnitt in der gesamten Wirtschaft (abnehmende Tendenz). Im Jahre 1993 stieg der Anteil dieser Unternehmen an den gesamten Exporteinnahmen auf 16,4% (Tabelle 16).<sup>36</sup> Etwa 13% der Einnahmen ausländischer Unternehmen stammt aus Exporten. Dieser Anteil lag bei größeren Unternehmen sogar bei 22%.<sup>37</sup> Allerdings ist der Importanteil von 16% im Jahre 1993 auf 21% im Jahre 1994 weiter deutlich gestiegen. Damit verbesserte sich zwar die Binnenmarktversorgung, doch wurde die Zahlungsbilanz dadurch zusätzlich belastet.

Unternehmen mit ausländischer Beteiligung haben vor allem geholfen, Polens Handelsbeziehungen zum Westen, insbesondere zur EU, zu verbessern. Multinationale Firmen integrierten dabei ihre polnischen Zweigniederlassungen in ihr gesamtes Produktionssystem, wie z.B. die ABB Tochterfirma, die Elektromaschinen und Ausrüstungen im Rahmen einer konzerninternen Arbeitsteilung produziert.<sup>38</sup> Auslandsinvestoren gelang es allerdings kaum wirksamen politischen Druck zu erzeugen, um die westliche Handelsliberalisierung zu beschleunigen, was vor allem auf die vergleichsweise geringen Investitionen in den relevanten sensiblen Wirtschaftszweigen zurückzuführen ist.

---

<sup>36</sup> Bei Industriewaren lag dieser Anteil bei 15,7%.

<sup>37</sup> Wojciech Burczynski: *Spolki ...*, op. cit., S. 69.

<sup>38</sup> Wladislaw Jermakowicz: *Conclusions ...*, op. cit. S. 64.

TABELLE 17  
Bedeutung des Exports bei Unternehmen mit ausländischer  
Kapitalbeteiligung (in %)

	1989	1990	1991	1992	1993
Anteil an den Gesamtexporten	1,4	7,9	6,2	10,0	16,4
Anteil der Exporte an den Gesamtverkäufen	12,4	13,6	13,8	10,9	13,0 (22,0)*

*Anmerkung:* \* Größere Unternehmen über 1 Mio. US \$ Investitionssumme.

*Quelle:* St. Kubiela: The Attractiveness of Poland ..., op. cit., S. 15; W. Burczynski: Spolki ..., op. cit., S. 69.

Die Zahlungsbilanz durch ausländische Direktinvestitionen zu entlasten, wäre für Polen insofern besonders wichtig, als es einen großen Schuldenüberhang aus kommunistischer Zeit ererbt und permanent mit Leistungsbilanzdefiziten zu kämpfen hat. Im Gegensatz zu dem ebenfalls hochverschuldeten Ungarn setzte Polen zunächst auf eine Strategie der Schuldenstreichung, was sicherlich die internationale Kreditwürdigkeit und den Zufluß von Direktinvestitionen negativ beeinflusst hat. Erst in den letzten Jahren (zuletzt 1994) gelang es in Abkommen mit dem Pariser und Londoner Klub die Verschuldungssituation Polens mittelfristig zu entschärfen. Wie die Zahlungsbilanzangaben aus Tabelle 18 zeigen, haben die Direktinvestitionen trotz steigender Tendenz bisher nur wenig zu einer substantiellen Entlastung der Zahlungsbilanz beigetragen. 1994 ist zudem ein Kapitalzufluß im langfristigen und vor allem kurzfristigen Kapitalverkehr zu verzeichnen, der den Zufluß von Direktinvestitionen um ein Vielfaches übersteigt.

TABELLE 18  
Wichtige Angaben der Zahlungsbilanz

	1990	1991	1992	1993	1994
Handelsbilanzsaldo	2214	51	512	-2293	-836
Leistungsbilanzsaldo	716	-1359	-269	-2329	-944
Saldo des mittel- u. langfristigen Kapitalverkehrs	-4153	-4472	-984	120	-1136
Kreditaufnahme					
Saldo	-4205	-4632	-1289	-471	281
Kredite erhalten	428	786	562	922	894
Tilgungsverpflichtungen	4633	5418	1851	1393	613
Direktinvestitionen (Netto)	10	117	284	580	542
Saldo des kurzfristigen Kapitalverkehrs	-2980	-1155	-570	593	2338

Quelle: World Economic Research Institute: Poland, International Economic Report, 1994/95, Warsaw 1995, S. 130.

#### 4. Deutsche Direktinvestitionen in Polen

Anfang der 90er Jahre haben die mittel- und osteuropäischen Transformationsländer als Standort für deutsche Direktinvestitionen an Attraktivität gewonnen. Seit 1992 fiel der sie betreffende Anteil deutscher Investitionen (Anteil 1994: 10,4%) höher aus, als der in die Entwicklungsländer (ohne OPEC Anteil 1994: 5,7%). Dabei werden die fortgeschrittenen Transformationsländer Polen, Ungarn und Tschechische Republik als Investitionsstandorte bevorzugt. Auf sie entfielen Ende 1993 etwa 83% der deutschen Direktinvestitionen (Bestandsgröße) in den mittel- und osteuropäischen Ländern überhaupt. 1994 können sie 78,6% der neuen Investitionen auf sich vereinen. Der deutsche Investitionsschub nach Polen setzte vor allem 1992 ein, wodurch der polnische Anteil an den deutschen Direktinvestitionen deutlich

stieg. Dennoch liegt er im ostmitteleuropäischen Vergleich deutlich hinter Ungarn und der CSFR auf dem dritten Platz (Tabelle 19).<sup>39</sup>

TABELLE 19  
Deutsche Direktinvestitionen in Polen, Ungarn  
und der Tschechischen Republik

	Bestand Ende 1993		Zufluß 1994	
	in Mio. DM	in %	in Mio DM	in %
Polen	611	11,4	322	10,9
Ungarn	2181	40,7	911	31,1
CR	1654	30,9	1132	38,6
Reformländer*	5359	100,0	2933	100,0

Anmerkung: \* ohne China.

Quelle: Deutsche Bundesbank, Kapitalverflechtung mit dem Ausland, Mai 1995.

Deutschland ist Polens wichtigster Handelspartner. Diese Tatsache ist im Zusammenhang mit Direktinvestitionen insofern relevant, als diese oftmals das Ergebnis langjähriger Geschäftsbeziehungen sind. Die geographische Nähe und Intensität der Wirtschaftsbeziehungen erklären, warum Deutschland auch bei den Direktinvestitionen in Polen eine führende Stellung einnimmt. Wie Tabelle 20 zeigt, führt bei den sogenannten operativen Unternehmen<sup>40</sup> mit ausländischer Beteiligung Deutschland sowohl zahlenmäßig (37,1%) als auch hinsichtlich der Kapitalsumme (22,9%) vor den USA und Italien. Der im Vergleich zur Unternehmenszahl geringere Anteil investierten Kapitals läßt darauf schließen, daß es sich bei den deutschen Investitionen um eher kleine bzw. mittlere Unternehmen handelt.

Diesen Eindruck bestätigen die größeren ausländischen Direktinvestitionen (Angaben des PAIZ, Investitionssumme über 1 Mio. US \$).<sup>41</sup> Mitte 1995 entfielen auf deutsche Investoren die meisten Unternehmen (ca.

<sup>39</sup> Die polnischen Investitionen gingen 1994 absolut und relativ zurück. Hierbei mögen allerdings auch statistische Effekte eine Rolle gespielt haben. Die Meldepflicht wurde erstmals 1993 auf eine Bilanzsumme von 1 Mio. DM erhöht. Möglicherweise hat sich dies vor allem 1994 bemerkbar gemacht, weil deutsche Investoren in Polen vor allem kleinere Projekte bevorzugen.

<sup>40</sup> Unternehmen, die ihre Geschäftstätigkeit aufgenommen haben.

<sup>41</sup> Einige dieser Investitionen sind indes Portfolio-Anlagen in neue und privatisierte Unternehmen, die im engeren Sinne nicht zu den ausländischen Direktinvestitionen gezählt werden können. Hierzu zählen der Polish American Enterprise Fund sowie die Beteiligungen von PepsiCo bei der Firmen Wedel, vgl. Bochniarch, Jermakowicz: Development of ..., op. cit. S. 25.

20,3%), bezüglich der Investitionssumme lagen sie indes nur auf Platz 3 (ca. 9,5%). Größter Investor in dieser Gruppe sind US-Unternehmen (31,6%), gefolgt von multinationalen Firmen (einschließlich internationaler Organisationen) und Deutschland (Tabelle 21) Übersicht 1 zeigt die zehn größten Investoren in Polen einschließlich ihres Tätigkeitsbereiches. Auffallend ist, daß kein deutsches Unternehmen dieser Gruppe angehört. Führend sind die USA (International Paper Cooperation) und Italien (FIAT).

Die Branchenstruktur der deutschen Investitionen ist laut deutscher Zahlungsbilanzstatistik auf das verarbeitende Gewerbe, den Dienstleistungsbereich und den Handel ausgerichtet (Tabelle 22). Einen genaueren Einblick erhält man aus Übersicht 2, die auf Angaben der polnischen Investitionsbehörde beruhend die größten deutschen Investoren dokumentiert. Es dominieren die Konsumgüterindustrien, vor allem die Nahrungsmittelindustrie und die ressourcenintensiven Bereiche (Zement, Keramik, Möbel). Der sonst führende Elektromaschinenbau (einschließlich Fahrzeuge) ist indes nur wenig vertreten. Aus dem Tätigkeitsbereich der deutschen Investitionsprojekte läßt sich eine starke Binnenmarktorientierung vermuten.

Verschiedene Institutionen bemühen sich, das deutsche Engagement in Polen zu fördern. Hierzu zählt die "Deutsch-Polnische Wirtschaftsfördergesellschaft AG", die auf Grundlage eines Regierungsabkommens beider Länder im März 1995 als Aktiengesellschaft in Polen gegründet wurde. Ziel dieser Organisation ist es, vor allem im grenznahen Bereich mittels Beratung und Informationsdienst die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern zu verbessern.<sup>42</sup> In ähnlicher Weise wirkt die im Juli 1995 von Bundeskanzler Helmut Kohl und Premierminister Jozef Oleksy eröffnete deutsch-polnische Handelskammer. Sie besitzt 282 Mitgliedsunternehmen (223 aus Polen, 59 aus Deutschland) und ist damit eine der größten Kammern im Ausland.<sup>43</sup>

---

<sup>42</sup> Länderanalysen der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, Polen, Juni 1995, S. 27.

<sup>43</sup> FAZ vom 8.7.1995: Kohl ruft zu Investitionen in Polen auf.

ÜBERSICHT 1

Die größten ausländischen Investitionen in Polen (Stand Juli 1995)

Rang	Investor	Summe Zusage in Mio. US \$		Land	Tätigkeitsbereich	Hauptsächlicher polnischer Partner
1	IPC	275	45	USA	Papierwaren	Cellulose- u. Papierbetriebe in Kwidzyn
2	Fiat	260	1581	Italien	Pkw-Herstellung	FSM Bielsko-Biala Gesellschaften: Fiat Auto Poland, Teksid, Magneti Marelli Poland (Investitionsaufwand Fiat-Gesellschaften - ca. 1 Mld. USD)
3	Pol-Amer. Ent. Fund	250	36	USA	Kapitalaufwand im Privatssektor	Polservice, Wielkopolski Bank Kredytowy, Krakowskie Towarzystwo Przemyslowe, Privatunternehmer
4	Coca-Cola	235	50	USA	Alkoholfreie Getränke	Getränkeabfüllungbetriebe: Gdynia 100%, Radzymin 100%, Warszawa 49%, Niepolomice 100%, Sroda Sl. 100%
5	EBRD	222	0	inter- national	Bankgeschäfte Kapitalzusammenarbeit	Banking Centre, Warsaw, Polish Private Equity Fund, Huta Pilkington Sandomierz, Wielkopolski Bank, Kredytowy, Caresbac Polska, Fiat Auto, Poland (betrifft Fiat: 37 Mio. USD Kapitalaufwand zur Gesellschaft - 13%, 38 Mio. USD - Kredit)

6	International Finance Corporation	218	0	international	Investitionen in verschiedenen Industriesektoren	27 in Polen realisierte Projekte, z. B. Huta Sandomierz, Huta Warszawa, Chemadex, International Bank in Poland, Gaspol, Intercell GmbH jv. Sprint Rp Telekom (Besitz 11,7% Anteile gekauft für 7 Mio. USD und 70 Mio. USD Kredit)
7	Pilkington	166	0	England	Glashüttenwesen	Huta Sandomierz
8	ABB	161	0	international	Energetikanlagen, Turbinen, elektrische Motoren	schwedisch-schweizerisches Kapital (13 Gesellschaften in Polen, Beschäftigung ca. 7 Tsd. Pers.), Zentrum für Weiterbildung ABB in Falenty
9	Thomson Consumer Electronics	147	37	Frankreich	Fernsehbildröhren, Fernsehapparate	Polkolor Piaseczno (51%); Anteil in equity: 35 Mio. USD, Eigenkredit 112 Mio. USD
10	ING Group	140	0	Holland	Bankgeschäfte	ING Bank Warsaw (Kapital 68 Mio. USD), Einkauf von 25,9% Aktien der Bank Slaski (56 Mio. USD) und 5,3% Aktien der Bank Przemyslowo-Handlowy (16 Mio. USD)

Quelle: Angaben des PAIZ.

## ÜBERSICHT 2

### Die 20 größten deutschen Direktinvestitionen in Polen (Stand Juli 1995)

Rang	Investor	Summe	Zusage	Tätigkeitsbereich	Hauptsächlicher polnischer Partner
		in Mio. US \$			
24	Continental Can Europe (Tochterfirma Schmalbach-Lubcca)	47	20	Getränkedosenfabrik	Fabrik in Radomsk
27	Schoeller	43,0	6,4	Lebensmittelindustrie	Eisfabrik in Namysłów (Baukosten ca. 21 Mio. USD.), der Rest - Vertrieb
33	BTS Baukeramik	38,7	56,2	Ziegelcei	Besitz der Anteile der Gesellschaft CERKOP (100%), 2 Betriebe für Dachdeckungsherstellung und Baupläne eines Betriebs für keramische Wand- und Deckenbestandteile
34	Siemens	38,5	57	Telekommunikation	ZWUT Warszawa (80%); ELWRO Wroclaw (80%)
35	Henkel KGaA	36,5	0	Waschmitteln, Kosmetika, Baumittel	Pollena Racibórz (80%); Helenówek; Bauchemiefabrik
37	Commerzbank AG	35	0	Bankgeschäfte	Staporkowo (2,6 Mio. USD.) 21% der Anteile der Bank Rozwoju Eksportu SA in Warszawa
51	Tchibo	24	25	Kaffeerösterei in Marki	
53	Linde AG	23	32,2	Herstellung von technischen Gasen	Polgaz Mielec i Pszczyna (70% der Anteile)

71	Bahlsen	16,8	11	Lebensmittelindustrie	Lebensmittelkonzentraten Skawina SA (80%), landwirtschaftliche Herstellungsgesellschaft "Rex-Pol" Olawa
78	Lentjes	13,5	0	Umweltschutz	Müllverbrennungsanlage in Gdynia (Gesellschaft mit der Stadtverwaltung Gdynia, Zespół Elektrociepłowni Gdansk, OPEC und Sanipor)
80	Benckiser	13	0	Kosmetika, Hygienemittel	Pollena - Nowy Dwór Maz.
84	Kruger GmbH	11,2	0	Lebensmittelkonzentrate- herstellung	Fabrik für Lebensmittelkonzentrate - Typ Instant in Ostrowia Mazowiecka
88	Gruner + Jahr	11	0	Massenmedien	Herausgabe von 4 Magazinen (Claudia, Naj, Moje gotowanie, Halo)
106	Dr. Oetker	7,9	1,5	Lebensmittelkonzentrate- herstellung	Dr. Oetker Lebensmittel (100 %)
108	Westdeutsche Landesbank (West LB)	7,8	0	Bankgeschäfte	Bank
109	EFHA Werke Fleischwarenfabrik	7,7	0	Geflügelherstellung und Verarbeitung	ju. Drobex-Heintz (42 % der Anteile, die übrigen 58 % - Szczecińskie Zakłady Drobiarskie)
113	MM Beteiligungen	7,2	7,9	Möbelindustrie	Mazurskie Meble Internat., Slupskie Fabryki Mebli (75 %)
115	Bilfinger und Berger Bau AG	7	8	Bauindustrie	70 % der Anteile Hydrobudowa SA in Warszawa
122	Rethmann	6,9	5	Verwertung der Abfälle	
127	Volkswagen	6,2	0	Lieferwagen	FSR Antoninek (Poznan)

TABELLE 20

**Indikatoren deutscher Direktinvestitionen nach Polen**  
(Angaben der deutschen Zahlungsbilanzstatistik)\*

	1990	1991	1992	1993	1994	1995
Zufluß an DI Mio DM	8	68	170	438	322	289 <sup>a</sup>
in % der deutschen DI nach Osteuropa	3,2	5,7	10,7	18,5	11,0	
Bestand an DI in Mio. DM	26	86	292	611	-	-
in % der deutschen DI in Reformländer nach MOE**	2,8 3,4	4,0 4,7	7,8 9,1	9,9 11,3	-	-
Zahl der Unternehmen	26	69	140	175	-	-
Zahl der Beschäf- tigten in 1000	6	9	18	28	-	-
Beschäftigte pro Unternehmen	230	130	129	160		

*Anmerkung:* \* Im Jahre 1993 wurde die Meldegrenze für die Bilanzsumme der Investitionsprojekte von 0,5 Mio. DM auf 1 Mio. DM angehoben. Dies kann die Vergleichbarkeit der Daten etwas beeinträchtigen. \*\* einschließlich ehemalige Sowjetunion a) 2. Quartal 1995 (überprüfen),

*Quelle:* Deutsche Bundesbank, Zahlungsbilanzstatistik

Anlässlich ihrer Eröffnung äußerte der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages, Hans Peter Stahl, die Vermutung, daß Polen der erste Standort für deutsche Investitionen in Osteuropa werden könne. Laut Umfragen wächst das Interesse deutscher Unternehmen an Polen als Absatz und Investitionsstandort. Dabei weist die westpolnische Grenzregion eine besondere Anziehungskraft auf, denn dort sind deutsche Unternehmen bei den Auslandsinvestitionen führend. Umgekehrt ist für polnische Unternehmen der ostdeutsche Markt nach dem einsetzenden Wirtschaftswachstums besonders attraktiv. Dabei zeichnet sich nach Ansicht polnischer Wirtschaftsfachleute eine größere Wirtschaftsregion ab, welche die westpolnischen Gebiete und nord-östlichen Teile Deutschlands mit Berlin als Gravitationszentrum umfaßt. Die Bundesregierung erwägt die deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen auch insofern zu fördern, als sie das Investitionsrisiko in Polen

niedriger bewertet. Dadurch würde sich die Exportkredit-Versicherung über Hermesbürgschaften verbilligen.<sup>44</sup>

TABELLE 21  
Zahl und Kapitaleinlagen von Unternehmen mit ausländischer  
Kapitalbeteiligung in Polen nach Länderherkunft  
(im Jahre 1993, operative Unternehmen)

Länder	Zahl absolut	in %	Kapital in %
Deutschland	2943	37,1	22,9
Italien	387	4,9	19,3
USA	532	6,7	16,4
Niederlande	388	4,9	8,3
Frankreich	425	5,4	5,2
Österreich	475	5,9	5,0
Schweden	404	5,1	3,3
Großbritannien	319	4,0	2,5
Rest	2061	26,0	17,1
Insgesamt	7934	100,0	100,0

Quelle: IKC/PAIZ: Inwestycje ..., op. cit., S. 57.

<sup>44</sup> FAZ vom 8.7.1995: Kohl ruft zu Investitionen in Polen auf; und. Deutschland ist der mit Abstand größte Handelspartner Polens.

TABELLE 22

Ausländische Investitionen in Polen nach Herkunftsland  
(zweites Quartal 1995)

Land	Kapital- einlagen in		Investitions- zusagen in		Zahl der Firmen	Einlagen und Zu- sagen		
	Mio US \$	%	Mio US \$	%		%	%	
USA	1702,7	31,6	1619,0	32,4	56	18,6	3321,7	31,7
International	871,8	16,2	233,5	4,6	13	4,3	1105,3	10,6
Deutschland	512,3	9,5	413,0	8,1	61	20,3	925,3	8,8
Italien	378,1	7,0	1731	34,0	8	2,7	2109,1	20,1
Niederlande	353,1	6,5	233,2	4,6	11	3,7	586,3	5,6
U.K.	319,5	5,9	149,8	2,9	16	5,3	469,3	4,5
Frankreich	275,3	5,1	146,0	2,9	23	7,6	421,3	4,0
Österreich	246,2	4,6	9,8	0,2	22	7,3	256,0	2,4
Schweden	140,8	2,6	84,5	1,7	11	3,7	225,3	2,1
Schweiz	121,9	2,3	37,0	0,7	8	3,0	158,9	1,6
Kanada	71,6	1,3	5,0	0,1	12	6,0	76,6	0,8
Norwegen	67,4	1,2	29,0	0,6	5	1,7	96,4	0,9
Dänemark	60,2	1,1	4,5	0,1	10	3,3	64,7	0,6
Spanien	47,0	0,9	85,0	1,7	2	0,7	132,0	1,3
Belgien	38,3	0,7	3,6	0,1	11	3,7	41,9	0,4
Finnland	33,4	0,6	13,4	0,3	6	2,0	46,8	0,4
Südkorea	33,0	0,6	104,0	2,0	1	0,3	137,0	1,3
China	25,0	0,5	25,0	0,5	1	0,3	50,0	0,5
Irland	25,0	0,5	0,0	0,0	2	0,7	25,0	0,2
Rußland	20,0	0,4	0,0	0,0	1	0,3	20,0	0,2
Japan	13,8	0,3	53,2	1,0	7	2,3	67,0	0,6
Singapur	13,0	0,2	60,0	1,2	1	0,3	73,0	0,7
Australien	6,3	0,1	13,0	0,3	1	0,3	19,3	0,2
Republik Südafrika	3,4	0,1	5,5	0,1	1	0,3	8,9	0,1
ehem. Jugoslawien	3,0	0,1	1,0	0,0	1	0,3	4,0	0,0
Türkei	3,0	0,1	0,0	0,0	1	0,3	3,0	0,0
Luxemburg	2,3	0,0	0,0	0,0	1	0,3	2,3	0,0
Griechenland	2,1	0,0	0,0	0,0	1	0,3	2,1	0,0
Insgesamt	5389,5	100,0	5089,0	100,0	300	100,0	10478,5	100,0

Quelle: Angaben des PAIZ.

TABELLE 23  
Deutsche Netto-Direktinvestitionen nach Branchen in Polen

Branche	1989	1990	1991	1992	1993	1994
Alle Branchen:	3	8	68	170	438	322
davon:						
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	-	-	-	x	-	-
Energie- und Wasser- versorgung, Bergbau	-	-	-	-	x	-
Verarbeitendes Gewerbe	0	1	29	67	235	206
Baugewerbe	-	x	x	x	3	30
Handel	1	0	14	52	43	65
Verkehr- und Nachrichten- übermittlung	x	x	x	x	x	x
Banken- und Versicherungs- gewerbe	x	-	-	-	-	x
Dienstleistungen	-	x	10	12	128	86
Organisationen ohne Erwerbszweck	x	x	x	x	x	11
Nicht ermittelte Wirtschaftszweige	3	5	13	21	32	89

\* Einzelangabe.

Quelle: Angaben der Deutschen Bundesbank.

### 5. Bestimmungsgründe, Motivation und Barrieren für ausländische Direktinvestitionen

Verschiedene Theorieansätze erklären Gründe, Dynamik und Standorte ausländischer Direktinvestitionen.<sup>45</sup> In ihrer Mehrzahl begründen sie die Direktinvestitionen mit den Motiven der engagierten Unternehmen und den spezifischen Standortbedingungen der jeweiligen Länder.<sup>46</sup> Direktinvestitionen gelten demnach als Alternative zu der Exporttätigkeit bzw. den vertraglichen Beziehungen, wenn entsprechende Eigentums- und Standortvorteile oder Internalisierungsgewinne realisiert werden können. Abhängig von

<sup>45</sup> EBRD: Transition Report ..., op. cit., S. 124.

<sup>46</sup> vor allem John Dunning: Multinational Enterprise and the global economy, Addison-Wesely, Wokingham 1993; J. Stehn: Ausländische Direktinvestitionen in Industrieländern, (Kieler Studien Nr. 245), Tübingen 1992.

Branche, Größe und Erfahrung des Unternehmens sind als Motive für Direktinvestitionen zu nennen: Markterschließung, Senkung der Produktionskosten (billigere Ressourcen und Arbeitskräfte, Nutzung der Economies of Scale and Scope) oder strategische Überlegungen multinationaler Firmen.

Die Entscheidung in einem bestimmten Land zu investieren ist von diesen Standortbedingungen, d.h. der Ausstattung mit Produktionsfaktoren (Boden, Sachkapital, qualifizierte Arbeitskräfte) sowie den rechtlichen, ökonomischen und politischen Rahmenbedingungen abhängig. Als weitere Rahmenbedingungen gelten Infrastruktur, Politik gegenüber Direktinvestitionen, insbesondere steuerliche Regelungen, Rechtssicherheit, Unternehmerfreundlichkeit, Effizienz der zentralen und lokalen Verwaltungen sowie Kontaktmöglichkeiten zu Unternehmen der gleichen Branche bzw. den Zulieferern. Auch bestehen wichtige Zusammenhänge zwischen der Außenhandelsverflechtung und Außenhandelspolitik (Grad des Protektionismus) sowie der Entwicklung der ausländischen Direktinvestitionen.<sup>47</sup> Wie sind nun die rechtlich-institutionellen Rahmenbedingungen sowie die Investitionsmotive und Barrieren hinsichtlich ausländischer Direktinvestitionen in Polen zu bewerten.

### *5.1. Rechtliche und institutionelle Voraussetzungen*

Die rechtlichen Grundlagen für ausländische Direktinvestitionen unterscheiden sich in den Visegrad-Ländern nicht wesentlich voneinander. Das neue polnische Gesetz zu Unternehmen mit ausländischer Beteiligung von 1991 hat viele der zuvor geltenden restriktiven Regelungen beseitigt und das Prinzip der Gleichbehandlung von einheimischen und ausländischen Unternehmen (z.B. bei der Unternehmensgründung und Besteuerung) festgeschrieben. Insbesondere reduzierte man die zuvor geltende Mindestinvestitionssumme von 50.000 US \$ für Unternehmen mit beschränkter Haftung auf 1.000 US \$ bzw. bei Aktiengesellschaften auf 26.000 US \$ und beseitigte die 20%ige Mindestbeteiligung.<sup>48</sup> Nach der Gesetzesänderung von 1991 ist nun, ähnlich wie in anderen Transformationsländern, ein unbeschränkter Gewinntransfer nach Abzug der Steuern (Ausnahme bei Banken) möglich. Investitionsschutzabkommen mit vielen Partnerländern, einschließlich Deutschlands, wurden zu den international üblichen Bedingungen abgeschlossen.<sup>49</sup>

---

<sup>47</sup> Brezinski: Die Rolle der ..., op. cit. S. 47.

<sup>48</sup> Jaroslaw Stypa: Uregulowania prawne inwestycji zagranicznych, in: Inwestycje ..., op. cit. S. 15; Bochniarz, Jermakowicz: Development ..., op. cit. S. 18.

<sup>49</sup> siehe zu näheren Einzelheiten dieser Abkommen mit Deutschland; Investitionsführer Mittel- und Osteuropa - Band 9, Polen, (Managermagazin, Rödl & Partner, FAZ Informationsdienste), Frankfurt, 1995, S. S. 31-32.

Für Unternehmen mit ausländischer Beteiligung sind fortan keine speziellen Genehmigungen mehr erforderlich. Ausnahmen bleiben Wirtschaftsbereiche mit sogenannter strategischer Bedeutung, u.a. See- und Flughäfen, Telekommunikation, Massenmedien, Großhandel mit Konsumgütern, Immobilientransaktionen, Waffenproduktion und Rechtsberatung. Beschränkungen dieser Art bestehen auch in anderen Transformationsländern und sind sogar in einigen Schwellenländern und westlichen Marktwirtschaften vorzufinden. Restriktiver gehandhabt werden jedoch Genehmigungen für sogenannte sensitive Sektoren (u.a. Finanzsektor) und die Teilnahme der Auslandsinvestoren an der Privatisierung. Diese Einschränkungen sollen den spezifischen transformationspolitischen Erfordernissen Rechnung tragen.<sup>50</sup> Während die behördliche Zustimmung bei Privatisierungsbeteiligungen in den anderen Reformländern durchaus üblich ist, hat Ungarn z.B. den Finanzsektor bereits weitgehend für ausländische Investoren liberalisiert.

Grundsätzlich bietet das neue Gesetz zu Unternehmen mit ausländischer Beteiligung zufriedenstellende Rahmenbedingungen für Direktinvestitionen und ist deshalb nicht für die enttäuschende Entwicklung der Direktinvestitionen verantwortlich, zumal nach seinem Inkrafttreten die Investitionen zunächst deutlich stiegen. Stärkeres ausländisches Engagement wird indes durch Restriktionen beim Bodenerwerb behindert, wozu oftmals zeitraubende Genehmigungen des Innenministeriums nötig sind. Doch tritt dieses Problem in allen Transformationsländern auf. Dies gilt auch für Klagen über sich rasch ändernde gesetzliche Rahmenbedingungen sowie über Unsicherheit hinsichtlich der staatlichen Regulierung. Es handelt sich dabei nicht nur um die Gesetzgebung bezüglich Auslandsunternehmen, sondern auch um andere Rechtsvorschriften und staatliche Maßnahmen, insbesondere in der Steuerpolitik. Zudem werden bürokratische Eingriffe beklagt: Obwohl die zentralen politischen Verantwortlichen entsprechende Investitionsprojekte oftmals ausdrücklich fördern, werden diese dann jedoch von lokalen Behörden (mit regionalen Unterschieden) bzw. der mittleren Verwaltungsebene blockiert oder verschleppt.<sup>51</sup>

Kritisiert wird auch die Tätigkeit der Investitionsbehörde (PAIZ), deren Kompetenz nach der Gesetzesreform von 1991 merklich abnahm. Hauptsächlich verantwortlich für die Abwicklung der Direktinvestitionen, vor allem im Zusammenhang mit der Privatisierung, ist das ohnehin mit anderen Aufgaben überladene Ministerium für Eigentumsumwandlung. Diesem Ministerium fehlt es an Möglichkeiten, Know-how und Motivation, um ausländische Investoren stärker anzuwerben. Die Investitionsagentur als der strategi-

<sup>50</sup> Hinzu kommen die auch in anderen Ländern geschützten Bereiche (u.a. Transport), in denen man auch reziprok Zugang erhalten möchte.

<sup>51</sup> Beispiele hierfür sind zu finden in: Poland, Economic Restructuring and Donor Assistance, United States Accounting Office, Report to the Congressional Committees, August 1995, S. 38-39; EBRD 132.

scher Berater des Privatisierungsministeriums ist dagegen ohne politische Macht und Autorität. Infolgedessen fühlt sich keine staatliche Agentur für Promotion und Unterstützung der Auslandsinvestitionen wirklich verantwortlich.<sup>52</sup>

### 5.2. *Motive und Rahmenbedingungen ausländischer Direktinvestitionen*

*Marktorientierte Direktinvestitionen* sollen den Binnenmarkt des Gastlandes erschließen und langfristig Marktanteile sichern.<sup>53</sup> Diese Investitionen können auch als importsubstituierend bezeichnet werden. In Polen dominieren bei diesem Investitionstyp oftmals kleine Firmen, die mit vergleichsweise einfacher Technologie Erzeugnisse für den lokalen Markt produzieren. Daneben werden Investitionen in Branchen mit höherem Technologiegehalt vorgenommen, um u.a. Importbarrieren zu umgehen. Dieser Investitionstyp wird meist in Ländern mit großen und expandierenden Märkten bevorzugt wie z.B. in Polen die Automobilbranche. Dabei sind nicht nur Marktgröße und Kaufkraft, sondern auch Wirtschaftsdynamik und potentielle Märkte entscheidende Faktoren. Für die Transformationsländer ist dabei ausschlaggebend, ob es ihnen nach Strukturkrise und tiefen Produktionseinbrüchen gelang, ein Wirtschaftswachstum einzuleiten.<sup>54</sup>

*Ressourcenorientierte Direktinvestitionen* zielen darauf, vorhandene Rohstoffe, Arbeitskräfte und Know-how zu nutzen, um niedrige Produktionskosten zu realisieren. Die Wahl eines bestimmten Landes als Investitionsstandort hängt dann von den vorhandenen Rohstoffen bzw. der Qualität, dem Potential und den Kosten des Arbeitskräftepotentials ab. Für Polen und die mittel- und osteuropäischen Länder sprechen vor allem die niedrigen Lohnkosten. Oftmals spielen solche Überlegungen auch bei marktorientierten Direktinvestitionen eine Rolle.

*Effizienzorientierte Direktinvestitionen* werden insbesondere von multinationalen Unternehmen bevorzugt. Sie zielen darauf, Größen- und Kompetenzvorteile (economies of scale and scope) zu nutzen und die Risiken zu diversifizieren. In diesem Zusammenhang können die Verfügbarkeit traditioneller Produktionsfaktoren, komparative Vorteile eines Landes (u.a. auch arbeitsintensive Wirtschaftszweige), unterschiedliche Konsumentenpräferenzen und Lieferfähigkeit den Ausschlag geben. Dabei ist auch der Grad der außenwirtschaftlichen Verflechtung entscheidend.

<sup>52</sup> Jermakowicz: Conclusions ..., op. cit. S. 65.

<sup>53</sup> Jan Stankowski: Direktinvestitionen in Osteuropa, Bestimmungsgründe, Umfang, Branchenstruktur, Wien; S. 23.

<sup>54</sup> Jermakowicz, Bellas: Foreign ..., op. cit. S. 12; W. Jermakowicz: Foreign Aquisition Strategies in the Polish Privatization Process, in: Foreign Privatization ..., op. cit., S. 40.

Zudem soll mit Hilfe *strategisch orientierter Direktinvestitionen* langfristig die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen erhöht werden. Die strategische Orientierung fällt oftmals unmittelbar mit anderen Investitionsmotiven zusammen. *Ressourcen-, effizienz- und strategisch* orientierte Direktinvestitionen richten sich oftmals am Export aus. Meist ist die Investitionssumme höher und die Unternehmen sind größer als beim ersten Investitionstyp. Auch wenn ein Motiv dominiert, haben meist verschiedene Gründe die Investitionsentscheidungen bestimmt.

Wie die bisher vorliegenden Untersuchungen über Investitionsmotive ausländischer Unternehmen in Ostmitteleuropa (einschließlich Polens) mehrheitlich zeigen, dominieren marktorientierte Direktinvestitionen. Niedrigere Produktions- und insbesondere Arbeitskosten, die für ressourcen- bzw. effizienzorientierte Direktinvestitionen ausschlaggebend sind, spielen dagegen eine geringere Rolle, treten jedoch in Kombination mit anderen Gründen auf.<sup>55</sup> Dieses Ergebnis wird in empirischen Untersuchungen am Beispiel Polens (mit Ausnahme von früheren Studien des HWWA und der Gesamthochschule Duisburg in Zusammenarbeit mit der Warsaw School of Economics im Jahre 1990) bestätigt (siehe Übersicht 3).<sup>56</sup> Die neuen und repräsentativen Untersuchungen der Friedrich-Ebert-Stiftung und des PAIZ 1993<sup>57</sup> sowie von Jermakowicz im Jahre 1994 zeigen, daß in Polen die Markterschließung vor niedrigen Produktions- und Arbeitskosten als Investitionsmotiv dominiert. Welche Faktoren sind hierfür verantwortlich?

---

<sup>55</sup> Eine Übersicht der wichtigsten Investitionsmotive enthält der Bericht der EBRD: Transition Report ..., op. cit., S. 130-131; OECD: Assessing Investment Opportunities in Economies in Transition, Paris, S. 9.

<sup>56</sup> Petra Pisulla: Deutsch-polnische Joint-Ventures - Ergebnisse einer Befragung, HWWA-Report, Nr. 97, 1992.

<sup>57</sup> Jan Bluczowski, Jan Garlicki: Social Conditions of Foreign Investor Operation in Poland, Friedrich-Ebert-Stiftung, PAIZ, Warsaw 1993.

### ÜBERSICHT 3

#### Ergebnisse verschiedener Untersuchungen zu ausländischen Investitionen in Polen

Studie	Umfang, Art und Datum der Untersuchung	Investitionshemmnisse	Motive für Investitionen	Sonstige Ergebnisse
G. Heiduk, St. Ladyka, J. Misala, P. Wingeder, Gesamthochschule Duisburg, Warsaw School of Economics Juni 1990	Befragung von 514 vorwiegend deutsch-polnischen Joint-Ventures. Rücklauf 134 Fragebögen, d.h. 26%.	Mangelhafte Infrastruktur; unsichere rechtliche und politische Rahmenbedingungen.	Produktionskostenvorteile vor Erschließung und Lohnvorteile vor Markt-	Unternehmensgröße für Motive relevant: Kleinere Unternehmen vorrangig Produktionskosten, größere vor allem Markterschließung.
Pertra Pissulla, HWWA Herbst 1990	Befragung von deutschen Unternehmen, 307 Fragebögen verschickt, 63 Antworten, d.h. 22%. 58 Unternehmen haben ein Joint-Venture mit polnischen Unternehmen. 5 Unternehmen 100%ige Auslandsunternehmen. Vorrangig kleine und mittlere Unternehmen.	Bürokratische Hemmnisse insbesondere bei Warte- und Abfertigungszeiten an der Grenze, ausgeblähte Genehmigungsvorschriften und Verfahren bei Joint-Venture Gründung. Desinteresse und Inflexibilität der Behörden. Unklare Zollbestimmungen.	Produktionskostenvorteile vor Erschließung und Lohnvorteile vor Markt-	Polen wurde als Investitionsstandort schlechter eingestuft als Ungarn und die damalige CSFR, obwohl letztere zum damaligen Zeitpunkt im Reformprozeß weit hinter Polen lag. Dennoch überwiegend positive Bewertung der Tätigkeit in Polen.

<p>Zwei Studien der Friedrich-Ebert-Stiftung und des PAIZ Mai und Juli 1993</p>	<p>Repräsentative Befragung von 570 Unternehmen mit ausländischer Beteiligung. 29 % der Firmen ausschließlich im ausländischen Eigentum. 32,8% der Firmen aus Deutschland, 10 % aus den USA</p>	<p>Lokale Behörden, inkohärente und oft wechselnde gesetzliche Regelungen. fehlende Kreditversicherung, Telekommunikation, Fehlende Dienstleistungen für Geschäftstätigkeit. Unübersichtliche Zollpolitik. Soziale Konflikte erhöhen das Investitionsrisiko</p>	<p>Wachstumsaussichten und Marktgröße. Erst an Position 3 Produktions- bzw. Lohnkosten. Marktgröße von deutschen Unternehmen etwas geringer eingeschätzt als von allen Unternehmen.</p>	<p>Positive Einschätzung der Qualifikation und Effizienz der Arbeitskräfte, geringere Bewertung der organisatorischen Fähigkeiten. Privatisierung und Intensivierung des Marktmechanismus fördern ausländische Investitionen</p>
<p>Jermakowicz, CASE 1993/1994</p>	<p>Befragung der 160 größten Unternehmen mit ausländischer Beteiligung in Polen 57 Antworten, d.h. 35,6%</p>	<p>Schlechte Transportkapazitäten, begrenzte Möglichkeit zum Bodenerwerb, hohe Inflation, schlechter Zugang zu Krediten.</p>	<p>Zugang zum lokalen Markt, Exportbasis für die MOE-Länder, niedrige Produktions- und Inputkosten spielen geringe Rolle, Markterschließung spielt vor allem für größere Unternehmen eine entscheidene Rolle.</p>	<p>Positiv für Investitionsentscheidung in Polen: Weiter entwickelte Marktbedingungen und geringere bürokratische Eingriffe im Vergleich zu anderen Ländern. Positiv auch Unternehmergeist, hohe Qualität der Arbeiter und Manager, großer Markt und gute Entwicklungschancen. Niedrige Lohnkosten werden kaum genannt.</p>

Bevölkerungszahl, wachsende Kaufkraft sowie die Wirtschaftsdynamik sprechen für Polen als marktorientierten Investitionsstandort. Es ist mit ca. 38,5 Mio. Menschen bevölkerungsreicher als die anderen Visegrad-Länder. Das seit 1992/93 einsetzende hohe Wirtschaftswachstum von 4% bis 5% stimuliert zudem die Konsum- und Investitionsgüternachfrage und verbessert die langfristigen Gewinnaussichten in Polen. Einige Direktinvestitionen sind zudem nicht nur auf den polnischen, sondern den gesamten osteuropäischen Markt ausgerichtet. Die Perspektive eines im Rahmen der CEFTA angestrebten zollfreien Raumes unterstützt diese Orientierung.<sup>58</sup> Dabei scheinen auch langfristige strategische Überlegungen (d.h. "Standbein" in einem neuen expandierenden Markt) in Polen und ganz Osteuropa an Bedeutung zuzunehmen, obwohl solche Investitionen insgesamt noch unterrepräsentiert sind.<sup>59</sup> Die Untersuchungen von Jermakowicz zeigen zudem, daß das Motiv der lokalen und regionalen Markterschließung mit der Firmengröße zunimmt.<sup>60</sup>

Jüngste Beispiele für solche Investitionen sind der koreanische Mischkonzern Daewoo, der 60% des polnischen Autoherstellers FSO übernehmen will. Insgesamt plant der Konzern Investitionen in Höhe von 2 Mrd. US \$, womit er in Polen größter ausländischer Investor würde. Ferner plant die Adam Opel AG den Bau eines eigenen Autowerkes, in dem die Produktion im Jahre 1998 beginnen soll. Auch Ford (General Motors) plant 80 Mio. DM in ein neues Werk in Polen zu investieren, in dem aus Deutschland und Belgien angelieferte Teile für den Ford Escort und den Transit zusammengebaut werden sollen. Bei allen Automobilherstellern sind die Investitionsentscheidungen nicht nur auf den polnischen, sondern insgesamt auf den osteuropäischen, langfristig sogar auch auf den westeuropäischen Markt gerichtet.<sup>61</sup>

Die Dominanz marktorientierter Direktinvestitionen läßt sich auch aus dem Ansatz John Dunning's ableiten, wonach Außenhandel und Direktinvestitionen vor allem bei multinationalen Unternehmen als Substitute bzw. Ergänzung zu verstehen sind. Demnach kann ein Unternehmen bei handelbaren Gütern wählen, in ein entsprechendes Land zu exportieren oder durch Direktinvestition dort selbst zu produzieren. Die Entscheidung zugunsten von Direktinvestitionen wird dann getroffen, wenn dadurch sogenannte Eigentumsvorzüge (bessere Technologie, Ausbildungs- und Managementvorteile), Standortvorteile (Transportkosten, Steuervorteile, Importbarrieren) und Internalisierungsgewinne (Reduzierung von Marktunvollkommenheiten und Unsicherheiten, Kontrollprobleme, Nutzung von Economies of Scale) zu

---

<sup>58</sup> Jermakowicz: Foreign Acquisition ..., op. cit., S. 41.

<sup>59</sup> BBRD: Transition Report ..., op. cit. S. 132.

<sup>60</sup> Jermakowicz: Foreign Acquisition ..., op. cit., S. 41.

<sup>61</sup> Polen als Basis für den Markt Europa, in: Handelsblatt vom 15.8.1995; Autohersteller drängen auf polnischen Markt, in: Süddeutsche Zeitung vom 13.10.1995.

realisieren sind. Dadurch können Transaktionskosten gegenüber vertraglichen bzw. Handelsbeziehungen verringert und komparative Kostenvorteile genutzt werden.<sup>62</sup>

ÜBERSICHT 4

Ressourcen- bzw. effizienzorientierte Investitionen in Polen

	Investitionssumme getätigt	in Mio. US \$ verpflichtet	Bereich
Internat. Paper	275	45	Papierzeugnisse
Fiat	260	1581	PKWs
Thompson	147	37	Bildröhren, Fernseher
Luccini	34,8	150	Hüttenwesen
Pilkington	166	0	Glas
ABB	161	0	Ausrüstungsgüter zur Energieerzeugung
Insgesamt	1043,8	1813,0	
in % der Investitionen	19,5	35,6	

*Anmerkung und Quellen:* Die Auswahl der Investitionsprojekte erfolgte nach Jermakowicz: Foreign Direct ..., op. cit. S. 13; die Investitionssummen und Tätigkeitsbereiche wurden aus den Angaben des PAIZ ergänzt. Jermakowicz geht von einem Investitionsanteil dieser Projekte von ca. 46% aus. Seine Berechnungen beziehen sich allerdings auf das Jahr 1993, die hier genannten auf Mitte 1995. Möglich ist, daß weitere Investitionen dieses Typs in Polen erfolgt sind, aber in dieser Übersicht nicht berücksichtigt wurden. Der hier angegebene Anteil kann daher in Wirklichkeit etwas höher liegen.

Die Wettbewerbsvorteile ausländischer Unternehmen gegenüber polnischen Produzenten liegen im besseren Management und in der überlegenen Technologie. Dies mag ebenso wie schlechte, den Handel behindernde Transport- und Kommunikationsverbindungen marktorientierte Direktinvestitionen begünstigen, obwohl letzteres auch in vielen Umfragen als Investi-

<sup>62</sup> Horst Brezinski: Foreign Direct Investment and Privatization - A Comparative Comment, in: Wolfgang Quaisser, Richard Woodward, Barbara Blaszczyk (Eds.): Privatization in Poland and East Germany, Arbeiten aus dem Osteuropa Institut München, Working Papers, Nr. 180/181; John Dunning: The Prospects of Foreign Direct Investment in Central and Eastern Europe, in: Perter J. J. Buckley and Pervez N. Ghauri (Eds.): The Economics of Change in East and Central Europe, London Academic Press, 1994, S. 373-388.

tionshemmnis genannt wird. Zudem können von Direktinvestitionen Internalisierungsgewinne wie die Reduzierung von Unsicherheit und die Abschwächung von transformationsspezifischen Marktunvollkommenheiten erwartet werden. In diesem Zusammenhang sind allerdings Standortfaktoren, vor allem Importbarrieren bzw. bevorzugter Marktzugang, als wichtiges Motiv zu werten. Direktinvestitionen werden getätigt, um den Außenhandelschutz zu umgehen bzw. spezielle Begünstigungen beim Markteintritt zu erhalten.

Tabelle 24 läßt einen Zusammenhang zwischen Direktinvestitionen und Außenhandelschutz erkennen. Wirtschaftsbranchen mit hohem Zollschatz weisen mehrheitlich überdurchschnittlich hohe Direktinvestitionen auf.<sup>63</sup> Ein drastisches Beispiel für staatliche Eingriffe in diesem Bereich ist die Automobilindustrie, deren Investoren (Fiat, General Motor, Peugeot, Volkswagen, Opel and Volvo) auch ein verbesserter Zugang auf den polnischen Markt angeboten wurde. Auch der Nahrungsmittelbereich mit einem in den letzten Jahren besonders hohen Importschutz weist auffallend viele ausländische Direktinvestitionen auf.

Der standortspezifische Faktor Außenhandelsschutz wird für Direktinvestitionen in Polen im Verlauf weiterer Reformfortschritte und der verstärkten regionalen (CEFTA) bzw. EU-Integration voraussichtlich an Bedeutung verlieren. Eine stärker protektionistische Politik dürfte zudem langfristig den Zufluß von Direktinvestitionen eher behindern, wenn verstärkt regionale Strategien zur Markterschließung oder zur Nutzung von Produktionskostenvorteilen verfolgt werden. Einige empirische Studien zeigen dies bereits für Polen. Im Rahmen einer solchen Strategie würden größere ausländische Firmen Produktionsstätten bzw. Zulieferfirmen in Ostmitteleuropa nach Maßgabe der Faktorkosten und anderer Überlegungen (politische und wirtschaftliche Stabilität) errichten. Setzt man liberale Außenhandelsregime voraus, dann können von dieser Produktionsplattform andere Märkte beliefert werden.<sup>64</sup>

---

<sup>63</sup> EBRD: Transition Report ..., op. cit., S. 137.

<sup>64</sup> EBRD: Transition Report ..., op. cit. S. 134.

TABELLE 24

**Ausländische Direktinvestitionen und Importschutz in Polen**  
(Zollsätze von 1992)

ADI-intensive Sektoren Erzeugnisse	durchschnittliche Zollrate
Holz u. Papier	13,4
Textilien u. Bekleidung	20,6
Glas u. Keramik	13,0
Erze u. Metalle	14,1
Maschinen u. Elektrogeräte	16,3
Transportausrüstungen	20,1
Nahrungsmittel	27,4
Getränke	45,8
Insgesamt <sup>1</sup>	18,4
ADI-intensive Sektoren <sup>2</sup>	21,3

*Anmerkung:* <sup>1</sup> einfach gewichtete durchschnittliche Zollrate für die gesamte Wirtschaft.

<sup>2</sup> einfach gewichteter Durchschnitt der Zollrate.

Dennoch verwundert es, daß trotz beachtlicher Lohnkostenunterschiede im Vergleich zu westlichen Industrieländern sowie vorhandenem Humankapital ressourcen- bzw. effizienzorientierte Direktinvestitionen nicht stärker in Polen und den übrigen Transformationsländern vertreten sind. Hierfür gibt es sicherlich mehrere Gründe. So berücksichtigen Investoren neben den Löhnen vor allem die Produktivität und die zu erwartenden Gesamtkosten im Vergleich zum Inland und möglichen Drittstaaten.<sup>65</sup> Diesbezüglich relativieren sich die Lohnkostenvorteile Polens, denn Länder mit höherer Produktivität selbst in Ostmitteleuropa (z.B. die Tschechische Republik) weisen nur geringe Lohnkostendifferenzen zu Polen auf. Wichtiger als aktuelle Löhne sind zudem die Erwartungen über die Lohn- und Kostenentwicklung. Befragungen zeigen, daß niedrige Lohnkosten in Polen mehr bei kleineren und mittleren Firmen als Investitionsmotiv gelten. Dagegen werden sie von größeren Firmen eher als kurz- bzw. mittelfristiges Phänomen angesehen, so daß langfristige Investitionsentscheidungen davon nicht vorrangig beeinflusst werden.<sup>66</sup>

<sup>65</sup> Stankovky: Direktinvestitionen ..., S 27.

<sup>66</sup> OECD: Assessing Investment Opportunities, Paris 1994, S. 9, Jermakowicz: Acquisition ..., op. cit. S. 41 S. 8 Schmidt/Sadowska Cieslak.

Der Zufluß von Auslandskapital wird in allen Transformationsländern durch institutionelle und infrastrukturelle Defizite behindert. Polen befindet sich dabei möglicherweise in einer ungünstigeren Lage als die Tschechische Republik (bessere Basisinfrastruktur) und Ungarn (frühere Reformen und weltwirtschaftliche Einbindung), doch sind seine Infrastruktur und Institutionen weiter entwickelt als die der übrigen osteuropäischen Länder, insbesondere der ehemaligen Republiken der Sowjetunion. Dennoch entsprechen das polnische Verkehrswesen und der Telekommunikationsbereich vielfach noch nicht den internationalen Anforderungen. Zudem fehlen oftmals Zuliefernetzwerke und Büroflächen bzw. letztere sind sehr kostspielig.<sup>67</sup> Wie wichtig die infrastrukturellen Voraussetzungen sind, zeigt schon die erwähnte regionale Konzentration der Direktinvestitionen in den weiterentwickelten städtischen Agglomerationen Warschau, Danzig und Stettin (siehe Kapitel 4).

Dennoch hat sich in den letzten Jahren die infrastrukturelle und institutionelle Ausstattung einschließlich des unterentwickelten Finanzsektors verbessert. Ausländische Unternehmen bewerten die oftmals gepriesene Humankapitalausstattung Osteuropas weitaus kritischer. Die Qualifikation der Arbeiter und Manager sowie die Arbeitsethik werden vielfach als niedrig angesehen. Studien zeigen jedoch, daß sich diese Einschätzung im Laufe der Zeit und mit wachsender Erfahrung ändert.<sup>68</sup> Die meisten Untersuchungen bewerten das polnische Arbeitskräftepotential durchaus positiv. Negativ auf Auslandsinvestitionen wirken jedoch die im Vergleich zu den Nachbarländern stärkeren sozialen Konflikte (Streiks), die Macht der Gewerkschaften, die oft wechselnde Zollpolitik und die schleppende Grenzabfertigung.<sup>69</sup>

Die Transformationsländer stehen als Investitionsstandort untereinander im Wettbewerb. Die Frage wird deshalb durchaus kontrovers diskutiert, ob die Wirtschaftspolitik den ausländischen Unternehmen entsprechende Investitionsanreize (Steuervorteile und Subventionen) bieten soll. Polen verfolgt diesbezüglich eine vergleichsweise liberale, d.h. wenig intervenierende Politik. Während das bis 1991 geltende Gesetz eine sechsjährige Steuerbefreiung für ausländische Unternehmen ermöglichte, sieht dessen Neufassung vom Juli 1991 nur eine dreijährige Steuerbefreiung auf Grundlage einer Genehmigung des Finanzministeriums vor. Die Investitionen müssen allerdings 2 Mio. ECU überschreiten und in Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit durchgeführt werden. Dabei wird zudem die Forderung nach neuen Technologien und einer mindestens 20%igen Exportquote erhoben.<sup>70</sup>

---

<sup>67</sup> Brezinski: Die Rolle der ..., op. cit., S. 48.

<sup>68</sup> EBRD: Transition Report ..., op. cit., S. 132.

<sup>69</sup> vgl. die Studie der Ebert-Stiftung und des PAIZ sowie die Befragung von Jermakowicz; Jan Bluczowski, Jan Garlicki: Social Conditions ..., op. cit. 23-24; Jermakowicz: Foreign Aquisition ..., op. cit., S. 42.

<sup>70</sup> Jermakowicz: Foreign Aquisition ..., op. cit., S. 52.

Laut Untersuchungen von Jermakowicz gelten Steueranreize für eine Vielzahl (ca. 46%) von ihm befragter ausländischer Unternehmen als ein wichtiges Kriterium für Investitionsentscheidungen.<sup>71</sup> Dieses Ergebnis würde bedeuten, daß Polen im Wettbewerb mit Ungarn und der Tschechischen Republik - beide Länder haben einigen Investoren weitreichende Konzessionen gewährt - stärker Investitionsanreize zur Anwerbung von ausländischen Unternehmen einsetzen sollte. Andere Untersuchungen (u.a. OECD) zeigen allerdings, daß trotz beachtlicher Steueranreize seitens einiger Transformationsländer solche Vergünstigungen kein entscheidendes Investitionskriterium sind.<sup>72</sup> Dies bestätigen Erfahrungen mit Direktinvestitionen in anderen Ländern. Während nur wenige Sektoren (u.a. bei Bekleidung) auf staatliche Anreize reagieren, nutzen die meisten Unternehmen sie gerne als sogenannte Windfall-Profits. Daher kann Polen diese kostspielige Politik nicht empfohlen werden.<sup>73</sup>

## **6. Wirtschaft und Politik 1994/1995: Implikationen für ausländische Direktinvestitionen**

Der Wachstumsprozeß Polens hat sich in den letzten drei Jahren politischen Veränderungen gegenüber als relativ stabil erwiesen. Trotz des politischen Wechsels im Oktober 1993 hin zu den postkommunistischen Parteien der SLD (ehemalige KP) und PSL (Bauernpartei) ist bisher keine grundlegende Abkehr von der Reformpolitik zu beobachten. Dennoch haben sich wichtige institutionelle Reformen, u.a. die Privatisierung, verzögert. Wie sehen nun die wichtigsten Entwicklungen in Wirtschaft und Politik im Jahre 1994 und der ersten Hälfte 1995 und ihre Bedeutung für ausländische Direktinvestitionen aus?

### *6.1. Wirtschaftliches Wachstum und Stabilität*

Wie ganz Mittel- und Osteuropa erlebte Polen in der ersten Transformationsphase einen tiefgreifenden strukturbedingten Einbruch seiner Wirtschaftsleistung. Hinzu kam, daß die zur Inflationsbekämpfung eingesetzte restriktive Stabilitätspolitik eine drastisch sinkende Binnennachfrage zu Folge

---

<sup>71</sup> Jermakowicz: *Foreign Acquisition ...*, op. cit., S 53; Insgesamt halten 46% der ausländischen Unternehmen Investitionsanreize für wichtig, 10,7% für unwichtig 42,9 für unbedeutend, wobei größere Firmen auf solche Begünstigungen stärker reagieren.

<sup>72</sup> OECD: *Assessing Investment Opportunities*, Paris 1994.

<sup>73</sup> EBRD S. 132.

hatte. Die Wirtschaftslage Polens war daher für ausländische Unternehmen, deren Investitionsentscheidungen maßgeblich von expandierenden Märkten und einer dynamisch wachsenden Kaufkraft bestimmt werden, alles andere als attraktiv. Es kann daher nicht verwundern, daß die Auslandsinvestitionen zunächst nur langsam stiegen, zumal noch andere Investitionshemmnisse (hohe Inflation, unterentwickelte Infrastruktur und Finanzservice, unklare Eigentumsrechte insbesondere beim Grundbesitz) fortwirkten.

Dennoch gelang es Polen als erstes Transformationsland die Übergangszerektion zu überwinden und seit 1992 eine stete Steigerung des BIP von 4% bis 5% jährlich zu erzielen. Als Motor des Wirtschaftswachstums erweist sich die Industrie (1994: +13,1%), vor allem im Privatsektor. Die Industrieproduktion ist im ersten Halbjahr 1995 gegenüber der Vorjahresperiode um 12,8% gestiegen (Prognose für 1995: 11%). In der ersten Hälfte 1995 erzielte die verarbeitende Industrie mit 15,3% die höchste Steigerung, gefolgt von der Bauwirtschaft mit 11,1%. Während 1994 die Agrarproduktion noch um 10% zurückging, wird für 1995 aufgrund der günstigen Witterungsbedingungen eine Steigerung von 10% erwartet. Die positiven Wachstumsergebnisse führten nur zu einer leichten Entspannung auf dem Arbeitsmarkt. Die Arbeitslosenquote ging von Ende 1993 bis Ende 1994 von 16,4% auf 16% zurück und betrug im August 1995 15,2%. Die günstigen Konjunkturindikatoren geben 1995 Anlaß für eine optimistische Wachstumsprognose von 6% bis 6,5%.

Auf der Verwendungsseite des Nationaleinkommens ist noch 1993 der private und öffentliche Verbrauch (+4,6%) als treibender Konjunkturmotor festzustellen. Seit 1994 haben aber Exporte (real +17,5%) und Investitionen (+6%) diese Rolle übernommen. Dieser Trend setzt sich in der ersten Hälfte 1995 mit einem beachtlichen Wachstum der Bruttoanlageinvestitionen um real 19,6% (Januar-Mai im Vergleich zur Vorjahresperiode) fort. Dagegen erhöhte sich der Konsum 1994 insgesamt um etwa 3%. Der private Verbrauch überstieg 1994 um ca. 17% das Niveau von 1990 und erhöhte sich 1994 moderat um ca. 3%. Gleichzeitig stiegen erstmals seit Anfang der 90er Jahre die Reallöhne geringfügig um 1,1%. Der Verbrauch von öffentlichen Gütern wuchs um 2%, wogegen die Staatsausgaben für Güter und Dienstleistungen stagnierten.

Verschiedene Indikatoren stellen für Polen ein selbsttragendes Wachstum in Aussicht. Gleichzeitig stiegen Investitionen, Realeinkommen und zum ersten Mal seit 1990 auch die Reallöhne. Mit der moderaten Steigerung des privaten Verbrauchs wächst die Sparneigung, so daß höhere Spareinlagen der Bevölkerung zu erwarten sind.<sup>74</sup> Das Investitionswachstum wurde zudem von einer insgesamt besseren finanziellen Situation der Unternehmen sowie verschiedenen Steuererleichterungen unterstützt. Für die Modernisierung des Kapitalstocks ist insbesondere von Bedeutung, daß die Ausrüstungsinvestitio-

<sup>74</sup> World Economic Research Institute: Poland ..., op. cit., S. 38.

nen (für Kapitalgüter) die Anlageinvestitionen übertrafen. Die Zahlungsbilanz wird dabei insofern entlastet, als die Ausrüstungsinvestitionen vermehrt aus der einheimischen Produktion und nicht aus Importen getätigt wurden.<sup>75</sup>

Wichtige Wachstumsimpulse gingen von der Auslandsnachfrage aus. Begünstigt durch die westliche Konjunktur stiegen die Exporte 1994 real um 17,5%. Im ersten Halbjahr 1995 setzte sich die Exportexpansion mit einer realen Wachstumsrate von 18,4% fort.<sup>76</sup> Gleichzeitig blieb der Importbedarf mit einer realen Steigerung 1994 von 13,5% und in der ersten Hälfte 1995 von 19,3% hoch. Polen wies 1994 ein Handelsbilanzdefizit in der Zollstatistik von 4,3 Mrd US \$, dagegen in der Zahlungsbilanzstatistik nur ein Minus von 846 Mio. US \$ auf. Die Differenz ist vor allem auf den grenznahen Handel mit Deutschland zurückzuführen. Hier erzielt Polen einen beachtlichen Überschuß von schätzungsweise 2 bis 3 Mrd. US \$, der nicht in der Zollstatistik enthalten ist. Hinzu kommt ein nicht näher zu quantifizierender Überschuß im grenznahen Handel mit Weißrußland. Im ersten Halbjahr 1995 lag das Handelsbilanzdefizit bei 1,8 Mrd. US \$, d.h. etwas höher als im gleichen Vorjahreszeitraum (1,46 Mrd. US \$). Die Währungsreserven stiegen von ca. 4,3 Mrd US \$ Ende 1993 auf ca. 9,1 Mrd. US \$ April 1995.<sup>77</sup>

Vor dem Hintergrund des dynamischen Wirtschaftswachstums bewerten die meisten Institutionen bzw. Agenturen die wirtschaftlichen Perspektiven Polens auch im Vergleich zu anderen ostmitteleuropäischen Ländern als gut. Zudem konnte Polen dank der Schuldenreduzierung durch den Londoner-Klub (Privatbanken) und Pariser-Klub (staatlich verbürgte Kredite) seine Zahlungsbilanzprobleme entschärfen. Solche Schuldenreduzierungen verstärken normalerweise nicht das internationale Vertrauen in ein hochverschuldetes Land, doch konnten offensichtlich tragfähige Schuldenvereinbarung und Wachstumsaussichten dies kompensieren. Polen erhielt erstmals von den Agenturen Standard & Poor, Moody's sowie IBCA ein gutes Investment Rating (Baa3, BB und BBplus) und ist mit einer Anleihe (Eurobonds im Wert von 200 Mio. US \$) auf den internationalen Kapitalmarkt zurückgekehrt.<sup>78</sup>

Die wirtschaftliche Stabilität Polens muß jedoch, insbesondere was die Inflationskriterien betrifft, schlechter bewertet werden. Trotz beachtlicher Fortschritte in der Inflationsbekämpfung - so konnte Polens Hyperinflation Anfang der 90er Jahre gebrochen werden - gelang es den wirtschaftspolitisch Verantwortlichen nicht, die auch im internationalen Vergleich immer noch

<sup>75</sup> Sytuacja społeczno-gospodarcza w I polroczu 1995 r., Rzeczpospolita, Nr. 183, vom 8. August 1995.

<sup>76</sup> In laufenden Zlotypreisen um 52,9% und in US \$ Preisen um immerhin um 37,9%, Sytuacja społeczno-gospodarcza ..., op. cit.

<sup>77</sup> Handelsblatt vom 28.7.1995: Spekulativer Kapitalzufluß nach Tschechien und Polen hält an.

<sup>78</sup> Gute Noten für die Kreditwürdigkeit Polens, in: FAZ vom 6.6.1995.

hohe Preissteigerungsrate zu senken. Die Konsumgüterpreise stiegen zwar 1994 mit 32,2% etwas geringer als 1993 (35,3%), doch stellt dies weder einen substantiellen Fortschritt dar, noch hat man mit diesem Ergebnis die eigenen Regierungsziele erreicht. Besorgniserregend ist dabei die Tatsache, daß die Inflation, trotz erfolgreicher Einführung des neuen Zloty, auch in der ersten Hälfte 1995 um 13% bezogen auf Dezember 1993 und bezogen auf den Vorjahresmonat um 30,3% zugenommen hat. Das ursprüngliche Regierungsziel, die Inflation im Jahresdurchschnitt<sup>79</sup> auf ca. 17% zu senken, kann aufgrund dieser ersten Ergebnisse kaum mehr erreicht werden. Selbst Finanzminister Kolodko rechnet 1995 mit einer Inflationsrate von 20% bis 22%, doch sollte realistischerweise mit einer Preissteigerungsrate von ca. 25% bis 29% gerechnet werden.

Die Gründe für den anhaltenden Inflationsdruck sind vielfältig und sowohl auf der Angebots- als auch Nachfrageseite zu finden. Dabei können strukturelle bzw. systembedingte Faktoren von inflationsfördernden Ergebnissen der Makropolitik und externen Effekten unterschieden werden. Die schlechte Ernte von 1994 mit ihrer preissteigernden Wirkung für Nahrungsmittel fällt u.a. in diese letzte Kategorie. Wichtige systembedingte Faktoren waren u.a. die "crawling pegged exchange rate", die ständig neue Inflationserwartungen schürte und stärkster kostenbedingter Faktor der Inflation blieb. In diese Kategorie fällt der immer noch große Bereich administrativ kontrollierter Preise (Energie, Gas, Wasser, Mieten, Telekommunikation und Benzin), der ständigen Preisanpassungen unterliegt. Hinzu kommt, daß andere strukturelle Faktoren, u.a. die Monopolstellung einiger Anbieter bzw. ihre starke Stellung am Markt, in den letzten zwei Jahren kaum abgeschwächt werden konnten.<sup>80</sup>

Zumindest in zwei Bereichen wirkte die Wirtschaftspolitik inflationsfördernd. Erstens führte man im Juni 1994 Abschöpfungen und höhere Zölle für den Nahrungsmittelbereich ein. Die ohnehin durch die schlechte Ernte unter Druck geratenen Nahrungsmittelpreise erhöhten sich dadurch zusätzlich. Dieses Beispiel zeigt die relative Stärke der Agrarlobby, die als Koalitionspartner etliche Initiativen des Finanzministeriums zur Inflationsbekämpfung torpedierte. Zweitens hob die Regierung zeitweise die Lohnbesteuerung ("popiwiek") auf, was zu einem deutlichen Anstieg der Reallöhne im letzten Quartal 1994 beitrug. Ein weiteres wirtschaftspolitisches Problem bestand in der Steuerung der Geldmenge, die durch einen beachtlichen Kapitalzufluß, u.a. bedingt durch den grenznahen Handel, zusätzlich aufgebläht wurde. Konflikte zwischen der Zentralbank und dem Finanzministerium über den stabilitätspolitischen Kurs schwächten zudem die Glaubwürdigkeit der Wirtschaftspolitik.

<sup>79</sup> Dezember auf Dezember Vergleich.

<sup>80</sup> World Economic Research Institute: Poland ..., op. cit. S. 42-43.

Fragen der Geld- und Wechselkurspolitik standen im Vordergrund des seit Mitte 1994 andauernden Konfliktes zwischen dem Finanzminister Grzegorz Kolodko und der Zentralbankchefin Hanna Gronkiewicz-Waltz. Das Finanzministerium drängte die Zentralbank Mitte 1994 die Leitzinsen zu senken, um Investitionen zu fördern und die Kreditkosten für den Staatshaushalt zu vermindern. Gronkiewicz-Waltz dagegen lehnte zu diesem Zeitpunkt eine Leitzinssenkung aus stabilitätspolitischen Gründen ab, zumal sie sich auch dem verstärkten politischen Druck widersetzen wollte, der die relative Unabhängigkeit der Zentralbank (für polnische Verhältnisse eine große Errungenschaft) zu gefährden drohte. Der stetige Inflationsdruck veranlaßte die Zentralbank zudem, Ende 1994 und nochmals Anfang 1995 den automatischen Abwertungssatz des Złoty im Rahmen des "crawling pegged exchange rate" zu senken und zugleich im Februar 1995 die Leitzinsen zum ersten Male seit 1990 zu erhöhen. Erstmals seit Reformbeginn kritisierte daraufhin das Finanzministerium die Zentralbank.<sup>81</sup>

Die konträren Positionen spiegeln nicht nur verschiedene wirtschaftspolitische Prioritäten, sondern auch unterschiedliche Einschätzungen der inflationären Gefahren und ihrer Bekämpfung wider. So sah Finanzminister Kolodko im ausländischen Kapitalzufluß, der durch hohe Zinsen und ein relativ geringes Wechselkursrisiko begünstigt wird, eine wichtige Inflationsursache (Aufblähung der internen Geldmenge) und drängte die Nationalbank, die Leitzinsen zu senken. Diese Maßnahme wäre allerdings nur dann gerechtfertigt, wenn die Währungsreserven vorrangig durch Kapitalzuflüsse und nicht durch Überschüsse im nichtregistrierten Handel ausgedehnt würden. Im letzten Fall fiel das tatsächliche Leistungsbilanzdefizit geringer aus und Zinserhöhungen wären als Maßnahme zur Inflationsbekämpfung wesentlich wirksamer. Obwohl diese Einschätzung die damalige Zentralbankposition erklärt, bewerten dennoch viele Zentralbankexperten den Kapitalzufluß durchaus als wichtigen inflationsfördernden Faktor. Eine Senkung der Leitzinsen stand allerdings zum damaligen Zeitpunkt aus Sicht der Zentralbank außer Frage, da diese möglicherweise die Inflation zusätzlich beschleunigt hätte.<sup>82</sup>

Eine wirtschaftspolitische Alternative eröffnete sich dadurch, daß die Zentralbank die Bandbreite der freien Wechselkursanpassungen (managed floating) am 16. Mai 1995 erhöhte. Den automatischen monatlichen Abwertungssatz, den die Zentralbank bereits 1994 und Anfang 1995 auf 1,2% herabsetzte, behielt sie zunächst bei, die Wechselkurse können jedoch nach oben und unten in einer Bandbreite von jeweils 7% (zuvor nur 2%) schwanken.<sup>83</sup>

---

<sup>81</sup> Ben Slay: Economic Recovery falters, in: *Transition*, Vol. 1, No. 14, August 1995, S. 15.

<sup>82</sup> Marek Misiak, in: *Nowe Zycie Gospodarcze* Nr. 13, 17. August 1995; Ben Slay: *Economic Recovery ...*, op. cit. S. 12.

<sup>83</sup> Der Preis der ausländischen Währungen, zu dem die inländischen Banken von Unternehmen die Devisen an- und verkaufen, kann nunmehr je nach Angebot und Nachfrage innerhalb ei-

Ein Anstieg der Währungsreserven führt seitdem zum Leidwesen der Exporteure zu einer Aufwertung des Zloty, wodurch sich der Zusammenhang zwischen den Währungsreserven und der inländischen Geldmenge<sup>84</sup> (Zentralbankgeld) lockert. Die nach Einführung des neuen Systems erfolgte Aufwertung des Zloty (in den ersten zwei Wochen um ca. 5%) konnte allerdings den Zuwachs der Währungsreserven nicht nachhaltig stoppen. Diese Tatsache weist auf andere Schwächen des gegenwärtigen Währungs- und Finanzsystems hin. Die expansiven Effekte des Anstiegs der Währungsreserven auf die Geldmenge werden zum einen nicht durch den Verkauf von Staatsanleihen an die Banken neutralisiert. Zum anderen sind die Unternehmen noch immer verpflichtet, ihre Devisen an die Zentralbank zu verkaufen. Eine auch von der Zentralbank geforderte Lockerung dieser Regelung würde die Auswirkungen auf die inländische Geldmenge begrenzen.<sup>85</sup>

Die Änderung des Wechselkursregimes und die damit verbundene Aufwertung des Zloty sah die Zentralbank offensichtlich als Voraussetzung an, die Leitzinsen zunächst im Mai und ein weiteres Mal im September 1995 (letzte Reduktion: Diskontsatz von 27% auf 25%, Lombardsatz von 30% auf 28%) zu senken. Finanzminister Kolodko begrüßte zwar diesen Schritt, forderte allerdings weitere Zinssenkungen und eine Verminderung des automatischen Abwertungssatzes.<sup>86</sup> Letzteres lehnt die Nationalbank auch deshalb ab, weil sie das Exportwachstum nicht gefährden will. Umgekehrt mahnte sie die Regierung an, den Haushalt zu konsolidieren und das teure Renten- und Sozialsystem zu reformieren. Zwar blieb Polen mit einem Budgetdefizit von 2,8% des BIP unter der auch vom IWF geforderten Marge, doch droht ohne Reform des Sozialsystems künftig eine extrem angespannte Haushaltslage, die ohnehin unter dem wachsenden Schuldendienst leidet. Tatsächlich stoßen aber solche Reformen auf heftigen Widerstand innerhalb der Regierungskoalition.<sup>87</sup>

Die Nationalbank konterte ihrerseits die Attacken des Finanzministeriums mit dem Vorwurf, die Regierung habe das im Juni beschlossene Antiinflationsprogramm zu spät und nicht umfassend genug konzipiert. Zwar sind im Programm zollfreie Kontingente für einige Agrarerzeugnisse, die Kontrolle der Preisbildung von Monopolisten und der Verzicht auf Erhöhung staatlich kontrollierter Preise enthalten, doch hätte die Außenhandelsliberali-

---

ner 14%ige Bandbreite schwanken. vgl.: Poland's currency enters uncertain era, in: Financial Times vom 16.5.1995.

<sup>84</sup> Zentralbankgeldmenge (Monetary Base), Nettoverbindlichkeiten der Regierung gegenüber der Öffentlichkeit. In den USA gleich der Währung und den Bankreserven.

<sup>85</sup> Marek Radwan: Cienie przeszlosci, in: Polytika Nr. 33, 19.8.1995.

<sup>86</sup> Polens Regierung fordert weitere Zinermäßigungen, FAZ vom 19.9.1995.

<sup>87</sup> Für 1996 ist ein Budgetdefizit von 3,3% vorgesehen.

sierung umfassender ausfallen und die Devisenverkaufspflicht für polnische Exportfirmen abgeschafft werden können.<sup>88</sup>

So ist angesichts der anhaltenden Auseinandersetzungen und vor dem Hintergrund des Präsidentschaftswahlkampfes ein Konsens über die Inflationsbekämpfung sicherlich nur schwer zu erreichen. Wie stark der Wahlkampf die Wirtschaftspolitik bestimmt, zeigte das vom Sejm im Oktober überstimmte Veto des Präsidenten (u.a. unterstützt von der Bauernpartei Pawlaks) bezüglich der Rentenanpassung im nächsten Jahr, die laut Walesa mit einer realen 2,5%igen Steigerung zu niedrig ausfalle. Dieser Kampf um die Gunst der Rentner überrascht insofern nicht, als diese im Präsidentschaftswahlkampf mit annähernd neun Millionen Stimmen ein beachtliches Wählerpotential darstellen.<sup>89</sup>

---

<sup>88</sup> Polen bekämpft Inflation, in: VWD-Osteuropa vom 13.6.1995, Programm gegen Inflation beschlossen, in: Handelsblatt vom 8.6.1995.

<sup>89</sup> Walesas Veto gegen Rentengesetz überstimmt, in: VWD Mittel- und Osteuropa, vom 2.10.1995.

Tabelle 25  
Wichtige Indikatoren zur Wirtschaftsentwicklung

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1995 <sup>a</sup> Hj.
BIP	-11,6	-7,6	1,5	4,0	5,0	7,0	6,0
Industrieproduktion	-24,2	-11,9	3,9	6,2	11,9	12,8	11,0
Agrarproduktion	-2,2	-1,6	-12,8	1,5	-10,0	-	10,0
Investitionen	-10,1	-4,5	2,8	2,9	6,0	10,5 <sup>b</sup>	10,5
Bruttokapitalbildung		-4,4	2,3	2,9	8,0		
Konsum	-11,7	7,5	3,5	4,6	3,0	4,0 <sup>b</sup>	4,0
Privater Verbrauch	-15,3	6,3	2,3	5,5	3,0	4,0	4,0
Reallöhne	-24,4	-0,3	-2,7	-2,9	1,1	-0,2	
Inflation	352,2	70,3	43,0	35,3	32,2	32,3	29,0
Staatshaushalt							
Ausgaben	-26,6	10,4	-2,8	3,6			
Defizit in % des BIP		3,8	6,0	2,8	2,8	-	3,3
Arbeitslosenquote (in %)	6,3	11,8	13,6	16,4	16,0	14,7	14,5
Handelsbilanzsaldo in Mio. US \$							
Zahlungsbilanzangaben	2.214	51	512	-2.293	-846	-500	-600
Zollangaben	4.794	-619	-2726	-4.691	-4.341	-2.000	-5.600
Leistungsbilanzsaldo	716	-1.359	-269	-2.329	-944	-607 <sup>c</sup>	
Währungsreserven	4,49	3,69	3,99	3,99	6,03	9,1 <sup>d</sup>	

Quellen: Angaben des Statistischen Hauptamtes, der Nationalbank und des Zentralen Planungsamtes. Veröffentlicht in Statistischen Jahrbüchern und Monatsberichten sowie der Zeitschrift Rzeczpospolita.

<sup>a</sup> Prognose; <sup>b</sup> Schätzung. <sup>c</sup> die ersten vier Monate 1995; <sup>d</sup> Ende April 1995.

## 6.2. Institutionelle Reformen und Politik

Gemessen an Ungarn und der Tschechischen Republik war Polen als Investitionsstandort bisher benachteiligt. Dies gilt insbesondere für die effizienzorientierten Direktinvestitionen mit stärkerer Exportorientierung, die bisher in Polen nur von geringerer Bedeutung sind. Als Kriterien für solche Investitionen gelten neben niedrigen Faktorkosten (insbesondere Löhne) politische und wirtschaftliche Stabilität sowie der Stand der Reformen. Offensichtlich schnitt Polen bei der Bewertung dieser Kriterien bisher schlechter als Ungarn und die tschechische Republik ab.

Obwohl Polen zu den Vorreitern der wirtschaftlichen Reformen gehört, hat es insbesondere im Bereich der Privatisierung erhebliche Defizite aufzuweisen. Während in den letzten Jahren die Neugründung von Unternehmen dynamisch vorankam und etliche Erfolge bei der Eigentumsumwandlung der kleineren und mittleren Unternehmen zu verzeichnen sind, steht die Privatisierung der Großunternehmen noch am Anfang. Dies gilt insbesondere für die Beteiligung von Ausländern an der Privatisierung, die sich bisher, wie in Kapitel 3 aufgezeigt, in engen Grenzen hält. Dabei hat Polen im Gegensatz zu Ungarn und Estland darauf verzichtet, ausländische Direktinvestitionen unmittelbar in seine Privatisierungsstrategie einzubauen.<sup>90</sup> Wie stark wichtige institutionelle Änderungen durch politische Kontroversen blockiert werden, zeigt sich sowohl an der verspäteten Verabschiedung des Privatisierungsgesetzes im Jahre 1990 als auch am Beispiel der erheblichen Verzögerungen bei der Massenprivatisierung und Liberalisierung des Finanz- bzw. Versicherungsmarktes.

Ein besonders drastisches Beispiel für die Politisierung ökonomischer Reformen ist die sogenannte Massenprivatisierung. Diese Methode beinhaltet die Eigentumsumwandlung einer großen Zahl von Staatsunternehmen über die kostenlose Vergabe von Anteilsscheinen an die Bevölkerung, mit denen sie Aktien von Betrieben erwerben können. Während die tschechische Republik eine solche Methode rasch innerhalb von zwei Jahren durchführte, hat sich in Polen die Massenprivatisierung wegen konzeptioneller und politischer Streitereien und häufig wechselnder Regierungen um drei bis vier Jahre verschoben. Dies ist insofern enttäuschend, als das Konzept von polnischen Ökonomen<sup>91</sup> zuerst entwickelt wurde und die gesetzlichen Möglichkeiten zur Realisierung durchaus bestanden hätten.

Zuletzt hat die postkommunistische Koalitionsregierung unter Pawlak das vom polnischen Parlament angenommene Programm um mindestens ein halbes Jahr verzögert. Hauptverantwortlicher ist vor allem die Bauernpartei und persönlich der ehemalige Ministerpräsident Waldemar Pawlak, der Ende 1993 die Unterschrift unter das Projekt verweigerte. Dies war einer der Gründe für die politischen Zerwürfnisse zwischen den Koalitionspartnern, die, abgesehen von den ständigen und massiven Konflikten zwischen der Regierung und Staatspräsident Walesa, maßgeblich den politischen Niedergang Pawlaks und schließlich zu seiner Ablösung im Februar 1995 durch Jozef Oleksy (SLD) führten. In diesem wie in anderen Konflikten haben sich die "postkommunistischen" Sozialdemokraten der SLD als reformfreudiger und marktorientierter erwiesen als die Bauernpartei.

---

<sup>90</sup> EBRD: Transition report ..., op. cit S. 140.

<sup>91</sup> Die sogenannte Voucher-Privatisierung geht auf Vorschläge von Jan Szomburg und Janusz Lewandowski zurück.

Nach Pawlaks Rücktritt beschleunigten sich ab Februar 1995 unter der neuen Regierung von Ministerpräsident Jozef Oleksy (SLD) die Vorbereitungen für die Massenprivatisierung und die dafür vorgesehenen Nationalen Investmentfonds (NIF). Im Juli 1995 entstanden schließlich 15 dieser Fonds, die fortan 413 mittlere und größere Unternehmen mit einem geschätzten Nettowert von ca. 2,6 Mrd. US \$ in private Hände überführen sollen. Das Eigenkapital der Unternehmen wird zu 60% auf die Fonds verteilt, 15% gehen an die Mitarbeiter und die restlichen 25% behält vorerst der Staat. Die NIFs sind als Aktiengesellschaften organisiert. Ihr Management besteht aus in- und ausländischen Investmentfonds (meist als Joint-Ventures organisiert), die zuvor in einer internationalen Ausschreibung ausgewählt wurden. Sie werden durch vorwiegend mit Inländern besetzten Aufsichtsräten kontrolliert.<sup>92</sup>

Die Zuteilung der Unternehmen auf die Fonds ist per Auswahl- und Lotterieverfahren weitgehend abgeschlossen, wobei die Wettbewerbsbehörde zu starke Konzentrationen verhindert. Jeder Fonds wird in 25 bis 30 Betrieben mit einem Kapitalanteil von 33% eine führende Rolle spielen. Die restlichen für die NIFs reservierten Anteile von 27% jedes Unternehmens werden zu gleichen Anteilen auf die anderen Fonds verteilt. Die Bevölkerung ist wiederum Besitzer der Fonds und kann ab Mitte November NIF-Anteile zu einem symbolischen Betrag (ca. 14,80 DM) erwerben.<sup>93</sup>

In ein bis zwei Jahren sollen die Aktien der Fonds dann auf der Warschauer Börse gehandelt werden. Die Bürger können dann ihre Zertifikate gegen Aktien umtauschen. Dieses Konzept ist in seiner Konstruktion einmalig und unterscheidet sich von der tschechischen Variante insofern, als die Investmentfonds staatlich gegründet wurden und die Bevölkerung zunächst nicht aktiv beteiligt ist. Die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung unterstützt die Modernisierung von 70 der beteiligten Unternehmen durch einen Kredit von 105 Mio. US \$.<sup>94</sup>

Obwohl die Regierung einen gewissen, wenn auch verspäteten Fortschritt zumindest in der Vorbereitung der Massenprivatisierung vorzuweisen hat, läßt die im Juni 1995 erfolgte Novellierung des Privatisierungsgesetzes zweifelhafte Intentionen erkennen. Das neue Gesetz sieht vor, daß künftig die Eigentumsu mwandlung in den Bereichen Banken, Versicherung, Erdöl, Gas, Kohle, Rüstung, Energie, Telekommunikation, Häfen, Flughäfen und Alkoholherstellung nicht nur von der Regierung genehmigt, sondern auch von einer Entscheidung des Parlaments abhängig gemacht wird. In den meisten anderen Sektoren ist zumindest ein Regierungsbeschluß notwendig. Die Ge-

<sup>92</sup> Massenprivatisierung gewinnt an Tempo, in: Handelsblatt vom 18/19.8.1995.

<sup>93</sup> Dies gilt nur für die ca. 28 Millionen erwachsenen Polen.

<sup>94</sup> Polish privatization gets under way, in: Financial Times vom 14.7.1995; Massenprivatisierung ..., op. cit.

staltungsmöglichkeiten des Privatisierungsministeriums werden somit weiter eingeschränkt und die Entscheidungsprozesse verlängert. Dadurch wird wiederum zum Schaden der Wirtschaft die Eigentums-umwandlung zusätzlich politisiert, wo eigentlich eine Stärkung der Unabhängigkeit der Privatisierungsbehörde notwendig gewesen wäre. Gleichzeitig lehnte das Parlament ein Gesetz ab, welches die Rückgabe des nach der kommunistischen Machtübernahme enteigneten Besitzes vorsah.<sup>95</sup>

Zudem ist zu befürchten, daß das Gesetz den Spielraum erweitert, die Unternehmen nur zu kommerzialisieren (Umwandlung in Aktiengesellschaften des Staates) und nicht zu privatisieren. Dies bestreitet zwar der Privatisierungsminister Wieslaw Kaczmarek, doch stieß das Gesetz teilweise auf heftigen Widerstand seitens der Opposition und des Präsidenten.<sup>96</sup> Letzterer legte sogar sein Veto gegen das Gesetz ein, das jedoch im Juli 1995 vom Sejm überstimmt wurde. Präsident Walesa hat daraufhin das Gesetz dem Verfassungsgericht zur Prüfung vorgelegt.<sup>97</sup> Die zögerliche Privatisierung wird von einer zweideutigen Haltung den ausländischen Direktinvestitionen gegenüber begleitet. Beispiele hierfür sind die zuletzt beschlossenen Beschränkungen für ausländische Investoren im Bereich des Pressewesens.<sup>98</sup> Dabei stützt man sich auf gewisse Ressentiments in der Bevölkerung gegenüber ausländischen Investoren, die bei der ländlichen und älteren Bevölkerung, vorrangig Klientel der Bauernpartei und PSL, wesentlich stärker ausgeprägt sind als bei der Jugend.<sup>99</sup>

Eine wichtige, auch ausländische Investoren betreffende Änderung der rechtlich-institutionellen Rahmenbedingungen stellt das neue seit Anfang 1995 in Kraft getretene neue Devisenrecht dar. Der Zloty ist nunmehr für Leistungsbilanztransaktionen voll konvertibel, d.h. die zuvor allgemein geltende Genehmigungspflicht für Erwerb und Transfer von Devisen zur Bezahlung von durch Ausländer erbrachte Dienstleistungen ist nunmehr entfallen. Zugleich läßt das neue polnische Devisenrecht den Zloty auch mit gewissen Einschränkungen für den Zahlungsverkehr mit dem Ausland zu. Der IWF trug diesen Änderungen insofern Rechnung, als er die Zloty-Konvertibilität in der Leistungsbilanz nunmehr offiziell anerkannte. Mit Einführung der vollen Konvertibilität des Zloty rechnet das polnische Finanzministerium in ca. zwei bis drei Jahren.<sup>100</sup>

<sup>95</sup> Polen: Keine Rückgabe enteigneten Eigentums, VWD-Osteuropa vom 23.6.1995.

<sup>96</sup> Wieslaw Kaczmarek: Nie ma zagrozenia, in: Rzeczpospolita, Nr. 168 vom 21.7.1995.

<sup>97</sup> Umwandlung von Polens Staatsbetrieben ist strittig, VWD-Osteuropa vom 25.8.1995.

<sup>98</sup> Poland may limit newspaper ownership, in: Financial Times, vom 28.4.1995.

<sup>99</sup> Roland Plac: Opinie społeczenstwa na temat roli kapitalu zagranicznego, in: Inwestycje ..., op. cit., S. 91-92.

<sup>100</sup> Devisenrecht in Polen weiter liberalisiert, in: VWD-Osteuropa vom 29.6.1995; Zloty-Konvertibilität vom IWF akzeptiert, NfA vom 29.6.1995.

Für viele ausländische Unternehmen ist die politische Stabilität ein wichtiges Kriterium für die Wahl eines bestimmten Landes als Investitionsstandort. Polen schneidet hier im Vergleich mit Ungarn und der Tschechischen Republik meist schlechter ab, doch dürfen die ständigen kaum nachvollziehbaren Machtkämpfe, Regierungswechsel und politischen Affären nicht über die Fortschritte im politischen System hinwegtäuschen. Die Grundlagen politischer Demokratie und Marktwirtschaft sind innerhalb der politischen Hauptströmungen, einschließlich Führungselite der jetzt regierenden Postkommunisten, ebenso unstrittig wie die Westintegration des Landes im Rahmen einer Mitgliedschaft in der EU und in der NATO. Zudem hat man der politischen Zersplitterung durch die Einführung einer 5% Hürde bei den Parlamentswahlen entgegengewirkt. Dennoch bleiben politische Defizite, die Polen in den nächsten Jahren zu lösen hat. Dies gilt vor allem für die Klärung des Verfassungsproblems, d.h. der Festlegung der Kompetenzen des Präsidenten der Republik, den Aufbau einer dezentralen Verwaltungsstruktur des Staates (von der jetzigen Regierung vertagt) sowie für die dringend nötigen Reformen im Sozialbereich.

## Anhang

ÜBERSICHT A1

Die größten deutschen Direktinvestitionen in Polen (Stand Juli 1995)

Rang	Investor	Summe	Zusage	Tätigkeitsbereich	Hauptsächlicher polnischer Partner
		in Mio. US \$			
24	Continental Can Europe (Tochterfirma Schmalbach-Lubeca)	47	20	Getränkedosenfabrik	Fabrik in Radomsk
27	Schoeller	43,0	6,4	Lebensmittelindustrie	Eisfabrik in Namysłów (Baukosten ca. 21 Mio. USD.), der Rest - Vertrieb
33	BTS Baukeramik	38,7	56,2	Ziegelei	Besitz der Anteile der Gesellschaft CERKOP (100%), 2 Betriebe für Dachdeckungsherstellung und Baupläne eines Betriebs für keramische Wand- und Deckenbestandteile
34	Siemens	38,5	57	Telekommunikation	ZWUT Warszawa (80%); ELWRO Wrocław (80%)
35	Henkel KGaA	36,5	0	Waschmitteln, Kosmetika, Baumittel	Pollena Racibórz (80%); Helenówek; Bauchemiefabrik
37	Commerzbank AG	35	0	Bankgeschäfte	Staporkowo (2,6 Mio. USD.) 21% der Anteile der Bank Rozwoju Eksportu SA in Warszawa
51	Tchibo	24	25	Kaffeerösterei in Marki	
53	Linde AG	23	32,2	Herstellung von technischen Gasen	Polgaz Mielec i Pszczyna (70% der Anteile)

71	Bahlsen	16,8	11	Lebensmittelindustrie	Lebensmittelkonzentraten Skawina SA (80%), landwirtschaftliche Herstellungsgesellschaft "Rex-Pol" Olawa
78	Lentjes	13,5	0	Umweltschutz	Müllverbrennungsanlage in Gdynia (Gesellschaft mit der Stadtverwaltung Gdynia, Zespół Elektrociepłowni Gdansk, OPEC und Sanipor)
80	Benckiser	13	0	Kosmetika, Hygienemittel	Pollena - Nowy Dwór Maz.
84	Kruger GmbH	11,2	0	Lebensmittelkonzentrate- herstellung	Fabrik für Lebensmittelkonzentrate - Typ Instant in Ostrowia Mazowiecka
88	Gruncer + Jahr	11	0	Massenmedizin	Herausgabe von 4 Magazinen (Claudia, Naj, Moje gotowanie, Halo)
106	Dr. Oetker	7,9	1,5	Lebensmittelkonzentrate- herstellung	Dr. Oetker Lebensmittel (100 %)
108	Westdeutsche Landesbank (West LB)	7,8	0	Bankgeschäfte	Bank
109	EFHA Werke Fleischwarenfabrik	7,7	0	Geflügelherstellung und Verarbeitung	ju. Drobex-Heintz (42 % der Anteile, die übrigen 58 % - Szczecińskie Zakłady Drobiarskie)
113	MM Beteiligungen	7,2	7,9	Möbelindustrie	Mazurskie Meble Internat., Slupskie Fabryki Mebli (75 %)
115	Bilfinger und Berger Bau AG	7	8	Bauindustrie	70 % der Anteile Hydrobudowa SA in Warszawa
122	Rethmann	6,9	5	Verwertung der Abfälle	
127	Volkswagen	6,2	0	Lieferwagen	FSR Antoninek (Poznan)

Rang	Investor	Summe Zusage in Mio. US \$		Tätigkeitsbereich	Hauptsächlicher polnischer Partner
130	Herlitz SA	6	0	Papier- und Büromittel	
138	Polen Zement Beteiligungsgesellschaft GmbH	5,9	17,6	Zementherstellung	Kombinat Cementowo- Wapienniczy "Warta" (75% der Anteile)
142	Schrader	5	0	Kundendienst	Centrum Logistyczne Schrader Interlog in Poznan
148	Dresdner Bank	5	0	Bankgeschäfte	Bank-Gesellschaft j.v. mit Banque Nationale de Paris
153	Karl-Heinz Klose	4,5	10	Möbelindustrie	Pomorska Fabryka Mebli, Czerska Fabryka Mebli (80%), Goscinska Fabryka Mebli (80%)
155	Bosh-Siemens Hausgeräte GmbH	4,5	0	Herstellung automatischer Waschmaschinen	Montagbetrieb für automatische Waschmaschinen in Łódź
159	Mercedes-Benz	4	0	Wagenmontage und Vertrieb	Sobieslaw Zasada Centrum SA
161	Schroeder Bonn	4	0	Industriebauunternehmen	Mostostal Export (39 %)
168	Faber	3,8	0	Weinherstellung	Bilgorajska Wytwórnia Win "Ambra" (25 % der Anteile)
169	BASF AG	3,7	0	Bauindustrie	Bürobau für BASF Polska in Warszawa
170	Miebach Projekt GmbH	3,6	18	Zementindustrie	Cementownia Odra SA - Opole (80 %)
172	Ahlers Goldress	3,6	0	Bekleidungsindustrie	Romeo Zbaszynek 80%
180	Pfanni-Werke	3,3	0	Kartoffelverarbeitung	
182	Franke Holding Deutschland GmbH	3,3	0	Küchengeräteherstellung	Gdynia

187	Quarzwerte GmbH	3	5,5	Glassandherstellung	Besitz 75 % der Anteile des Glassandbergwerkes und Verarbeitungsbetriebs "Osiecznica"
190	Lohmann AG	3	0	Gastronomie	Allgemeinpolnisches Schnellbedinungs-restaurantsnetz
192	Kochloeffel GmbH	3	0	Gastronomie	Allgemeinpolnisches Schnellbedinungs-restaurantsnetz
193	Furhamp	3	0	Ziegelei	
203	Aesculap	2,8	3,7	medizinische Geräte	Fabryka Narzedzi Chirurgicznych Chifa
208	Ryszard Varisella	2,7	16	Brauerei	Besitz 60 % der Anteile Zaklady Piwowarskie Warka SA
209	Herman Heye-Carl August Heinz Glass GmbH	2,7	13	Herstellung der Glasverpackungen für Kosmetika	Huta Szkla Dzialdowo
216	Sekurit Saint-Gobain Deutschland Beteiligungen GmbH	2,5	8	Glashüttenkunde	Besitz 80 % der Anteile Huta Szkla Okienego Kunice SA
222	DEA	2,5	0	Brennstoffvertrieb	Brennstoffstation in Gliwice und Nowa Sól
224	Schieder	2,4	13	Möbelindustrie	Bydgoskie Fabryki Mebli 50 %, Mazurskie Fabryki Mebli
226	Deutsche Investitions- und Entwicklung GmbH	2,3	0	Bankgeschäfte	Polski Bank Rozwoju (2,5% Anteile)
231	Josef Klosters KG St. Hubert	2	60	Zementherstellung	Besitz von Cementownia "Podgródzie" in Raciborowice (Woiwodschaft Legnica)
244	AEG AG	1,8	0	Elektrotechnik	Transformatorfabrik in Mikołów (Woiwodschaft Katowice)

Rang	Investor	Summe Zusage in Mio. US \$		Tätigkeitsbereich	Hauptsächlicher polnischer Partner
257	Lisner	1,5	2,5	Fischverarbeitung	chem. Centrala Rybna Marinus, Poznan
258	Bauunternehmung und Betonwerke Lorenz Kesting	1,5	1,8	Betonherstellung	Prefabet Rakowice (80 %) bei Lwówek Slaski
263	Jurgen Marquard	1,5	0	Presse, Publikationen	W. Fibak
266	Brau und Brunnen	1,5	0	Brauerei	Okocim SA (25 %) 1,5 Mio. USD. Buchungswert 25 % der Anteile
269	Granek-Telcza	1,3	0	Elektrotechnische und elektronische Waren (Herstellung)	ju. in Czaplinek (Woiwodschaft Koszalin)
272	Vorwerk	1,2	0	Gummiindustrie	
273	Volkswagen	1	20	Kabeln und Leitungen für Kraftfahrzeugindustrie	
279	Bianca Modern	1	0	Bekleidungsindustrie	Truso II - Elblag
281	Adolf Ahlers AG	1	0	Bekleidungsindustrie	Zaklady Przemyslu Odzieżowego LUBINEX in Lubin (51 %)
282	AMS Anlagen	1	0	Brauerei	Piwo Koszalin
283	Pan-Isovit	1	0	Herstellung von vorisolierten Rohren	Fabrik in Katowice  (gemeinsam mit Eksport- Projekt von Zabrze)
287	Horst Mosolf Group	1	0	Wagenterminal	Baltic Auto Center Gdynia
291	Steffen Pionki	1	0	Holzverarbeitungs- und Möbelindustrie	Zaklady Produkcji Drzewnej in Pionki
295	Dieter Hafemeister	1	0	Erdbodenrekultivierung	Mieczyslaw Nawrot, Stargard Szczecinski

Quelle: Angaben des PAIZ.

## Arbeiten aus dem Osteuropa-Institut München (Working Papers)

- Nr. 168  
Richard FRENCH      Piecemeal integration: Trade, welfare, and efficiency, September 1994, 27 S.
- Nr. 169  
Volkhart VINCENTZ      External Liberalization in a Large Country: The Contribution to the Transition Process in Russia, September 1994, 25 S.
- Nr. 170  
Wolfgang QUAISER      Zahlungsbilanzprobleme und Verschuldung Polens, Oktober 1994, 51 S.
- Nr. 171  
Richard FRENCH      Gesamtwirtschaftliche Entwicklungen, Strukturprobleme, Finanz- und Kapitalmärkte in Tschechien und der Slowakei 1993/94, Dezember 1994, 64 S.
- Nr. 172  
Hermann CLEMENT      Zusammenarbeit zwischen den ehemaligen RGW-Staaten, Dezember 1994, 82 S.
- Nr. 173  
Wolfgang QUAISER      Außenhandelsstrategien und Exportentwicklung Osteuropas, Rußlands und der Ukraine im Vergleich, Dezember 1994, 63 S.
- Nr. 174  
Hermann CLEMENT, Michael KNOGLER, Alexei SEKAREV, Die wirtschaftliche Lage der Ukraine. Schwerpunkt: Die Reform der sozialen Sicherungssysteme, November 1994, 133 S.
- Nr. 175  
Günter HEDTKAMP      Die soziale Sicherung als Vorbedingung für den erfolgreichen Übergang zur Marktwirtschaft, Januar 1995, 12 S.
- Nr. 176  
Manuela TROSCHKE, Volkhart VINCENTZ, Zuverlässigkeit und Problematik der statistischen Berichterstattung in Rußland, Weißrußland und der Ukraine, März 1995, 37 S.
- Nr. 177  
Hermann CLEMENT, Michael KNOGLER, Möglichkeiten der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Bayern und Kroatien, April 1995, 177 S.
- Nr. 178  
Hermann CLEMENT, Richard FRENCH, Michael KNOGLER, Wolfgang QUAISER, Alexei SEKAREV, Wirtschaftsentwicklung in den Ländern Mittel- und Osteuropas, Mai 1995, 67 S.
- Nr. 179  
Barbara DIETZ      Rußlanddeutsche im Gebiet Nowosibirsk: Lebenssituation und Zukunftschancen. Ergebnisse einer Befragungsstudie im Gebiet Nowosibirsk im Sommer 1994, Juni 1995, 47 S.
- Nr. 180/181  
Wolfgang QUAISER, Richard WOODWARD, and Barbara BLASZCZYK (eds.), Privatization in Poland and East Germany: A Comparison, Volume I, 321 S.
- Nr. 182/183      Volume II, 271 S.

---

Zu beziehen durch:      Osteuropa-Institut München, 81679 München, Scheinerstr. 11,  
Tel.: (089) 99 83 960, Fax: (089) 98 10 110

Preise:      DM 7,50 bis 50 Seiten zuzgl. Porto  
DM 15,- über 50 Seiten zuzgl. Porto